

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.14 - 58. Jahrgang

5. Juli 2008

Thema der Woche:

Integrationspolitik besser steuern

„Die neuen Daten zur Berliner Bevölkerung mit Migrationshintergrund bestätigen anschaulich, wie international und bunt unsere Stadt ist. Jeder vierte Berliner hat einen Migrationshintergrund, bei den Kindern (null bis sechs Jahre) sind es sogar 42,5 Prozent.



Susanne Kitschun ist integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Die Zahlen belegen eindrucksvoll, dass Integrationspolitik ein ganz zentrales Thema für diese Stadt ist. Die Zukunft Berlins hängt wesentlich davon ab, wie Politik, Gesellschaft und Wirtschaft mit den Zuwanderinnen und Zuwanderern umgehen. Potenziale müssen gleichermaßen erkannt werden wie Probleme. Dazu gehört auch die grundsätzliche Frage der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Teilhabe.

Mit dem Berliner Integrationskonzept vom Sommer 2007 gehen wir diese Herausforderungen an – und zwar als zentrale ressortübergreifende Querschnittsaufgabe – von der Bildungspolitik über Arbeitsmarktpolitik, sozialräumliche Integration bis hin zu einer Bundessatzinitiative für das kommunale Wahlrecht für Bürgerinnen und Bürger aus Nicht-EU-Staaten.

Die neu ermittelten Daten zur Berliner Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind eine wichtige Basis für die Umsetzung des Berliner Integrationskonzepts und zur Einführung eines Integrationsmonitorings. Ziel ist es, die Integrationspolitik in der Stadt strategisch besser steuern zu können. Wir begrüßen, dass der Datenschutz in Berlin sehr ernst genommen wird: Verwandt werden nur anonymisierte Daten; ethnische Daten werden nicht erhoben.

Susanne Kitschun □

SPD-Landesparteitag:

„Die Ziele klar benennen“

Michael Müller ruft SPD zu mehr Selbstbewusstsein auf

Auf dem Landesparteitag der Berliner SPD hat der mit großer Mehrheit wiedergewählte Landesvorsitzende Michael Müller seine Partei zu mehr Selbstbewusstsein aufgerufen. Mit der Forderung nach Mindestlöhnen, mit dem Konzept zur Steuergerechtigkeit, mit der Schwerpunktsetzung bei der Bildungspolitik liege die SPD richtig, so Müller. Die SPD müsse ihre Ziele klar benennen, dann werde sie auch erfolgreich sein.

„Wer seine Arbeit gut macht, hat Respekt verdient“, sagte der SPD-Vorsitzende Kurt Beck auf dem Landesparteitag. Das Einkommen müsse ausreichen, um damit ein ordentliches Leben finanzieren zu können. Wer Menschen zwingt, zu Mini-Löhnen zu arbeiten, zwingt sie auch zu Mini-Beiträgen zu den Sozialversicherungen, fügte der SPD-Vorsitzende hinzu. Dann werde es am Ende auch nur eine geringe Rente geben. „Nicht zuletzt der Rente wegen brauchen wir einen ordentlichen Mindestlohn“, forderte Kurt Beck. Offensiv setzte er sich mit dem Erscheinungsbild der SPD auseinander.



Landesparteitag der Berliner SPD: Kurt Beck und Michael Müller. Foto: Horb

der. Er werde „nicht hinter den Baum gehen, weil es da bequemer ist“, versprach er und machte deutlich, dass dies auch seine Erwartung an die Partei insgesamt ist.

Themen für eine offensive Debatte hat die Partei genug. „Wählerinnen und Wähler binden wir über politische Inhalte und grundsätzliche Programmaussagen ein, nicht über formale Abgrenzungsbefehle“, heißt es in einer mit großer Mehrheit verabschiedeten Resolution. **BS □**

➔ siehe auch Seite 5 und 6

Arbeit:

Mehr Rechte für Euro-Betriebsräte

Nahles: SPD setzt sich für echte Mitwirkung ein

Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Andrea Nahles hat die EU-Kommission aufgefordert, die Rechte der europäischen Betriebsräte deutlich zu verbessern.

„Wenn Betriebsräte konstruktive Partner in den Unternehmen sein sollen, müssen sie auch wirkliche Rechte und Teilhabemöglichkeiten haben. Deshalb brauchen wir mehr Mitspracherechte und frühzeitige Informationen“, so Nahles.

Die SPD fordere eine kurze Frist zur Gründung von Euro-Betriebsräten. Die bisherigen drei Jahre sind nach Ansicht von Andrea Nahles zu lang. „Darüber hinaus müssen die Euro-Betriebsratsmitglieder

grundsätzlich Zugang zu allen Werken haben, die zur Unternehmensgruppe

IN DIESER AUSGABE

BILDUNG VON ANFANG AN
JUSOS BEI BERLIN 08
WIDERSTAND UND EXIL

SEITE 3
SEITE 7
SEITE 16

gehören. Auch muss den im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften der Zugang an Sitzungen des Euro-Betriebsrates gewährt werden.“ Derzeit wird in der EU ein Vorschlag der Kommission zur Europäischen Betriebsratsrichtlinie beraten.

BS □

Abschied nach 19 Jahren

Fraktionssprecher Peter Stadtmüller im Ruhestand

Peter Stadtmüller, mehr als 19 Jahre lang Pressesprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, hatte am Montag seinen letzten Arbeitstag in der Niederkirchnerstraße. Bereits in der vergangenen Woche hat er sich von Freunden und Kolleginnen und Kollegen verabschiedet, ein halbes Jahr nach seinem 65. Geburtstag.

Für vier Fraktionsvorsitzende hat er die richtigen Worte gefunden, angefangen am 16. Mai 1989 beim SPD-Fraktionsvorsitzenden Ditmar Staffelt im Rathaus Schöneberg. Mit der SPD-Fraktion erlebte er die spannenden Jahre der Wiedervereinigung der Stadt, er erlebte Höhen und Tiefen, die Wahlniederlage 1990, die Zeit der Großen Koalition und zuletzt wieder deutliche Wahlerfolge.

Auf Ditmar Staffelt folgten die Fraktionsvorsitzenden Klaus Böger, Klaus Wowereit und Michael Müller - Peter Stadtmüller blieb. Und mit ihm blieb die SPD-Fraktion im Gespräch. Journalisten lobten die ausgewogene Mischung aus Nähe und Distanz, die sachliche und ruhige Art der Information. Tagesspiegel-Redakteur Ulrich Zawotka beschreibt ihn so: „Ein dem Leben und den Menschen zugewandter Mann, der gern reist, gutes Essen mag und aus-



Peter Stadtmüller und sein Nachfolger Thorsten Metter. Foto: Horb

fühlich erzählt, was er weiß.“ In Aschaffenburg ist Hans-Peter Stadtmüller aufgewachsen, nach der Schulzeit begann er eine Lehre als Industriekaufmann. Er wurde Dozent bei der evangelischen Kirche und ging schließlich für die Friedrich-Ebert-Stiftung drei Jahre nach Athen. Mediterranes Klima und Lebensweise machten ihm den Abschied schwer. Zurück in Deutschland bot sich ihm nicht nur die Stelle des Fraktionspressesprechers in Berlin, er hatte auch ein Angebot aus Brandenburg „mit Ministerialzulage“. Auf die verzichtete er schließlich - wegen des allzu frühen Dienstbeginns am Morgen. **U.H. □**

Keine Kommerzialisierung

Kinderbetreuung nicht dem freien Markt überlassen

Vor kommerziellen Unternehmen in der Kinderbetreuung haben der Berliner Bundestagsabgeordnete Swen Schulz (SPD) und die stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Iris Spranger, gewarnt. Bei der Debatte über das Kinderförderungsgesetz dürfe es keine Gleichstellung von privat-gewerblichen mit gemeinnützigen Trägern bei der Zuwendungsfinanzierung geben.

„Das Kinderförderungsgesetz unterstützt wir zum größten Teil“, so Schulz und Spranger. „Der Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung sowie die finanzielle Unterstützung für Investitionen und Betriebskosten sind hervorragend. Doch es gibt einen Punkt, der geändert werden muss, nämlich die geplante Finanzierung von Privatunternehmen in der Kinderbetreuung. Denn es besteht die Gefahr, dass dadurch eine Kommerzialisierung der Kinderbetreuung um sich greift, wie wir sie etwa in Australien mit sehr bedenklichen Folgen für die Kinder, aber auch für die Beschäftigten erle-

ben. Wir wollen eine hochwertige Bildung und Betreuung für alle Kinder und nicht unterschiedliche Angebote je nach Kassenlage und Marktsituation. Dies ist nicht im Sinne unserer Idee von Chancengleichheit!“ In dem Gesetzentwurf aus dem Ministerium der Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen ist vorgesehen, dass privat-gewerbliche Unternehmen die gleiche finanzielle Unterstützung erhalten sollen wie die gemeinnützigen Träger.

In einer Sachverständigenanhörung wurde jedoch deutlich, dass die Betreuung nicht einem freien Markt überlassen werden dürfe. Sachverständige befürchten andernfalls mittel- und langfristige Auswirkungen auf die Qualität der Kinderbetreuung falls privat-gewerbliche Träger im großen Stil in die Kinderbetreuung einsteigen. Private Träger seien letztlich an Gewinnmaximierung orientiert. Dies würden sie entweder durch Einsparungen beim Personal erreichen oder ihr Angebot an entsprechend finanzkräftigen Eltern richten. **BS □**

POLITIK PERSÖNLICH

Kurt Beck und Martin Schulz, Vorsitzender der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament, sind auf dem Kongress der Sozialistischen Internationale (SI) in Athen in ihren Ämtern als Vizepräsidenten der SI bestätigt worden. Neben Kurt Beck und Martin Schulz gehören dem Präsidium der Präsident der SI, der ehemalige griechische Außenminister Giorgos A. Papandreou, sowie u.a. die Regierungschefs von Großbritannien und Spanien, Gordon Brown und José Luis Rodríguez Zapatero, Portugals Regierungschef José Sócrates sowie die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet an.

Karin Seidel-Kalmutzki, Vize-Präsidentin des Abgeordnetenhauses und seit 1999 Lichtenberger SPD-Abgeordnete, hat in ihrem Wahlkreis in Hohenschönhausen-Nord ein Bürgerbüro eröffnet. Mittwochs von 17 bis 19 Uhr steht sie dort zum Gespräch zur Verfügung. Das Bürgerbüro befindet sich Am Berl 13, 13051 Berlin, 1. OG. Telefonisch ist das Büro unter 517 36 948 zu erreichen.

Martin Matz, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen und **Vera Junker**, Vorsitzende der sozialdemokratischen Juristinnen und Juristen sind in den SPD-Landesvorstand kooptiert worden. Monika Buttgerit, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen, gehört dem Vorstand als gewählte Beisitzerin bereits an. Die drei Arbeitsgemeinschaften waren bislang nicht im Vorstand vertreten.

Petra Merkel, Charlottenburg-Wilmersdorfer Bundestagsabgeordnete, hat ihre „Sommergespräche 08“ am Mittwoch auf dem Karl-August-Platz begonnen, gemeinsam mit dem Abgeordneten Frank Jahnke. Am 7. Juli geht es in der Mainzer Straße weiter, diesmal in Begleitung der Abgeordneten Stefanie Winde, am 15. Juli ist Petra Merkel auf dem Wochenmarkt Eberbacher Straße. **□**

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Kitabetreuung:

Bildung von Anfang an

SPD-Landesvorstand berät Weiterentwicklung der Kitas

Für die Berliner SPD hat frühe Bildung Priorität. Vom Bildungspolitischen Landesparteitag 2005 über das Wahlprogramm 2006 und die darauf aufbauende Koalitionsvereinbarung hat die Berliner SPD kontinuierlich das Ziel verfolgt, die frühkindliche Bildung und Betreuung zu stärken. Der SPD-Landesvorstand setzt diese Arbeit jetzt mit der Beratung eines Positionspapiers fort.

In Berlin ist Kitazeit Bildungszeit. Aus der konsequenten Umsetzung dieses wichtigen politischen Schwerpunktes ergibt sich u.a. der Spitzenplatz, den Berlin im bundesweiten Ländervergleich bei der Ausstattung mit Krippen Kindergärten und Horten hat.

Die gewachsene Bedeutung der Kitas für die Bildungsbiografie der Kinder drückt sich im Kita-Bildungsprogramm aus. Der Bildungsauftrag wird darin als systematische Vorbereitung auf die Grundschule etabliert.

Seit 2007 wird darüber hinaus die Ausgestaltung der Kitazeit als Bildungszeit durch eine schrittweise finanzielle Entlastung der Eltern begleitet. Beginnend mit dem letzten Kitajahr vor der Schule werden die drei Kitajahre nach und nach beitragsfrei gestellt. Am Ende der Legislaturperiode wird das komplette Kitaangebot beitragsfrei sein.

Der Landesvorstand der Berliner SPD hat sich Ende Juni mit der Frage beschäftigt, wie sich die Kita in Berlin über die bereits getroffenen Festlegungen hinaus entwickeln soll. In einem Positionspapier des Fachausschusses „Kinder-, Jugend- und Familienpolitik“ sind dazu erste Eckpunkte zu den Bereichen Eltern-Kind-Zentren, Kita-Leitung und Personalausstattung beschrieben worden. Der Landesvorstand hat die Fraktion aufgefordert - auf Grundlage der entwickelten Vorschläge - Maßnahmen zur zeitlichen und haushaltspolitischen Umsetzung zu erarbeiten.

In der Berliner SPD gibt es einen Konsens darüber, dass zum Bildungsauftrag des beitragsfreien Kitaangebotes schrittweise



Versprechen gehalten: SPD-Wahlplakat aus dem Jahr 2006.

auch der Ausbau der Beratungsangebote an die Eltern gehören muss. Obwohl die Förderung und Erziehung der Kinder in erster Linie die Aufgabe der Eltern bleiben muss, ist es im Sinne einer guten frühkindlichen Erziehung zunehmend notwendig, die Eltern bei Erziehungsfragen zu beraten und den Erfahrungsaustausch der Eltern untereinander zu fördern. Damit können sich aus Kitas „Eltern-Kind-Zentren“ entwickeln, deren Angebote sich dann bereits im Namen ausdrücklich auch an die Eltern richten.

Die Qualität der hochwertigen Bildungs- und Erziehungsarbeit systematisch zu sichern, ist eine wichtige Aufgabe der Kita-Leitung. Sie muss innerhalb des Aufgabenspektrums des Kita-Leitungspersonals entsprechend Raum gegeben werden. Ab einer bestimmten Kitagröße kann diese Aufgabe nur über dazu freigestellte Leitungskräfte erfolgreich sein. Auch dort, wo die Evaluation der Bildungs- und Erziehungsarbeit ergibt, dass mehr Personal benötigt wird, um den Anspruch einer umfassenden Betreuung und Vorbereitung auf die Grundschule zu gewährleisten, müssen Personalaufstockungen möglich sein.

Mit der Diskussion des Positionspapiers und der Einbindung der Abgeordnetenhausfraktion hat der Landesvorstand bereits in seiner konstituierenden Sitzung seinen Anspruch unterstrichen, die Bildungspolitik des Senats weiterhin eng begleiten zu wollen. **Hannes Hönemann** □

Mehr Qualität für Schulen

Von den 180 Schulen, die im Schuljahr 2006/07 von den Schulinspektoren unter die Lupe genommen wurden, schneiden 80 % mit der Note „gut“ ab, da sie die wichtigsten Qualitätskriterien erfüllen. Bei den Untersuchungen ist auch deutlich geworden, dass insbesondere den Schulleiterin-

nen und Schulleitern eine entscheidende Aufgabe bei der Schul- und Qualitätsentwicklung der Schulen zukommt. Erkannter Fortbildungs- und Beratungsbedarf wird nach Angaben der Bildungsverwaltung, derzeit mit den Schulen abgestimmt und schnellstmöglich umgesetzt. **PM** □

Hauptstadtkultur:

46 neue Projekte

Der Hauptstadtkulturfonds hat im ersten Entscheidungsverfahren für das Jahr 2009 rund 3 Millionen Euro für 46 Projekte vergeben. Es lagen 188 Anträge vor, mit einem Antragsvolumen von rund 15,6 Millionen Euro.

Gleich mehrere Projekte sind dem Medium Film gewidmet, darunter eine Ausstellung der Stiftung Deutsche Kinemathek „Casting Shadows – Alfred Hitchcock und seine Werkstatt“, gefördert mit 55.000 €. Die Kunstwerke zeigen „No Title“ – es geht um den Film vor dem Film, nämlich den Vorspann (130.000 €).

Thomas Kilpper wird im ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit einen überdimensionalen „Linolschnitt“ im Fußbodenbelag des Gebäudes entstehen lassen („State of Control“, 55.000 €).

Wie auch in den Vorjahren werden mehrere interkulturelle Unternehmungen gefördert, so das Festival „Kreuztanbul“ in Kreuzberg (85.000 €) und das Theaterstück „Nathan Messias“ von Nico Celik im Ballhaus Naunynstraße (70.000 €) in der Akademie der Künste (130.000 €).

Eines der wichtigsten Projekte ist die Ausstellung „Olafur Eliasson“ im Martin Gropius Bau. Auch wenn sie nicht, wie geplant, 2009 stattfinden kann, wird der Hauptstadtkulturfonds Mittel bereit halten (vorgesehen sind 190.000 €), um diese Ausstellung zu unterstützen. Eliasson lebt und arbeitet in Berlin. Er hatte unlängst eine hochgelobte Ausstellung im New Yorker Museum of Modern Art. **PM** □

Zerstörtes Gedenken



Mit einem Kranz hat die SPD in Treptow-Köpenick am 17. Juni an Siegfried Berger, einen der Arbeiterführer am 17. Juni 1953, erinnert. Hajo Helwig-Wilson vom Arbeitskreis Verfolgter Sozialdemokraten erinnerte an den mutigen Sozialdemokraten, der von einem sowjetischen Militärtribunal zu sieben Jahren Arbeitslager verurteilt worden war und 1955 durch den Einsatz der Bundesregierung frei kam. Unbekannte zerstörten kurz nach der Ehrung den Kranz an der Siegfried-Berger-Straße. **BS** □

CSD: Gegen Hass, für Akzeptanz



Mit einem eigenen Wagen war die Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule (Schwusos) in der SPD Berlin auch in diesem Jahr beim Christopher-Stree-Day dabei. 500.000 Menschen feierten am 28. Juni ein fröhliches Fest für Toleranz und Akzeptanz, gegen Hass. Zum ersten Mal startete die Parade Unter den



Linden vor dem Bertelsmannforum und führte dann über die Glinkastraße und die Behrenstraße vorbei am Holocaust-Mahnmal und am Mahnmal für die durch die Nationalsozialisten ermordeten Homosexuellen. Diese Route wird künftig abwechselnd mit der traditionellen CSD-Strecke mit Start auf dem Ku'damm genutzt.



Kirstin Fussen, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD, zeigte sich begeistert von der Beteiligung am Truck der Schwusos und von den zahlreichen Sympathisantinnen und Sympathisanten. Mit ihnen wolle man weiter im Gespräch bleiben.

Fotos: Mario Monk

Zwangsverheiratung:

„Die Opfer besser stellen“

Benneter: Mangelnde Umsetzung des Strafgesetzes

„Die geltende Rechtslage zur Behandlung junger Frauen, die unter List oder Drohung ins Ausland verbracht und dort unter Zwang verheiratet wurden, ist nach wie vor unzureichend“, erklärt Klaus Uwe Benneter. „Doch unser Koalitionspartner stellt hier leider auf stur“.

Der Bundestag würde sich seit Jahren nicht um das Thema Zwangsverheiratung kümmern, verkündete Spiegel Online in einer knappen Meldung Anfang Juni. „Die Behauptung, wir würden das Thema verschleppen, ist nicht richtig“, korrigiert Klaus Uwe Benneter. „Die Zwangsverheiratung beschäftigt uns seit Beginn der laufenden Legislaturperiode.“

Bereits im Juni 2006 hatte sich der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugendliche intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, in welchen Punkten konkreter Handlungsbedarf besteht. Erörtert wurden insbesondere die Notwendigkeit eines eigenen Straftatbestandes zur Zwangsheirat und die Änderung aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen.

Ein eigener Straftatbestand würde die Situation der jungen Frauen nicht verbessern, darin war sich die überwiegende Mehrheit der Sachverständigen einig. Ähnlich sieht das Klaus Uwe Benneter, der sich als Innen- und Rechtspolitiker mit der Frage intensiv auseinandergesetzt hat.

„Die Zwangsverheiratung ist bereits heute strafbar. Schon 2005 haben wir sie als qualifizierten Fall der Nötigung geregelt. Eine erneute Änderung des Strafgesetzbuches hätte rein symbolischen Cha-

rakter. Symbolpolitik ist aber nicht Sache des Strafgesetzbuches.“ Auch der Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V. hält einen eigenen Straftatbestand für überflüssig und verweist auf die Praxis. Die mache deutlich, dass das Problem nicht das Fehlen eines eigenen Straftatbestandes, sondern die mangelnde Umsetzung des bestehenden Strafgesetzes sei. Tatsächlich kommt es häufig erst gar nicht zur Strafverfolgung, da die Opfer fürchterlich unter Druck gesetzt werden. „Das ist ja gerade das Problem“, weiß Benneter.

Allerdings sieht die SPD-Bundestagsfraktion durchaus Handlungsbedarf beim Aufenthaltsrecht. „Schon seit langem fordern wir, Frauen, die gegen ihren Willen ins Ausland verbracht und dort verheiratet wurden, ein wesentlich längeres Rückkehrrecht einzuräumen“, macht Benneter deutlich. Nach der derzeitigen Rechtslage steht den Frauen dieses Recht nur für sechs Monate zu. Die SPD-Bundestagsfraktion möchte dieses Recht auf zwei Jahre verlängern oder zumindest ausreichende Härtefallregelungen schaffen.

Im Zusammenhang mit dem Richtlinienumsetzungsgesetz hat sie sich deshalb harte Auseinandersetzungen mit der CDU/CSU geliefert. Die hatte ihre Zustimmung zu den Vorschlägen jedoch davon abhängig gemacht, andere aufenthaltsrechtliche Bestimmungen deutlich zu verschärfen.

„Auf diesen Kuhhandel konnten wir uns nicht einlassen“, erklärt Klaus Uwe Benneter, „das bedeutet aber nicht, dass das Thema für uns vom Tisch ist.“ **BS □**

Marzahn-Hellersdorf:

„Schulen sollen frei entscheiden“

Die BVV Marzahn-Hellersdorf hat vom Senat einen Einstellungskorridor für Horterzieherinnen gefordert. Dafür hatten sich SPD und Linkspartei eingesetzt.

Zuvor hatte der Senat 200 dringend benötigte neue Erzieherstellen für Berlin zugesagt, aber nur für Schulhorte in freier Trägerschaft. Dies übt auf Schulen in Marzahn-Hellersdorf Druck aus, ihre Schulhorte in freie Trägerschaft zu überführen. Ein Einstellungskorridor für Horterzieherinnen würde diesen Druck aufheben. Der SPD-Verordnete Felix Frenzel: „Schulen müssen frei entscheiden, ob sie ihre Horte kommunal oder in freier Trägerschaft organisieren wollen. Wir wollen keine Zwangsübertragung von Horten in freie Trägerschaft!“

BS/PM □

Pankow:

Diskussion zur Pflegereform

Seit 1. Juli 2008 ist die Reform der Pflegeversicherung in Kraft und schafft die Grundlage für eine bessere Betreuung und mehr Leistungen für pflegebedürftige Menschen.

Über die Details können sich Interessierte bei einer gemeinsamen Veranstaltung der Abteilung 15, der AG 60plus und der SPD-Frauen am Dienstag, dem 8. Juli 2008, um 19.30 Uhr in der GLS Sprachschule, Kastanienallee 82, in Prenzlauer Berg, informieren. Referentin ist die pflegepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Hilde Mattheis, MdB. **BS/PM □**

Landesparteitag:

Vor zwei spannenden Jahren

91,7 Prozent für Michael Müller - Neuer Landesvorstand hat die Arbeit aufgenommen

Der neugewählte Landesvorstand der Berliner SPD hat am Montag seine Arbeit aufgenommen. Mit einem Traumergebnis war auf dem Landesparteitag am 21. Juni der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller im Amt bestätigt worden: 91,7 Prozent der Delegierten stimmten für ihn. Mit der Europa- und Bundestagswahl im kommenden Jahr liegen große Aufgaben vor ihm.

„Auf Eurem Landesparteitag war zu spüren, dass die Berliner Sozialdemokratie auch zukünftig mit Geschlossenheit und Mut die Geschichte Berlins gestalten wird“, gratulierte der SPD-Vorsitzende Kurt Beck Michael Müller zur Wahl. „Das ist gut für die Menschen in Eurer Stadt. Für die vor Dir liegenden Aufgaben wünsche ich Dir Kraft, Ausdauer und eine glückliche Hand. Ich freue mich auf die Fortsetzung unserer guten Zusammenarbeit für unsere gemeinsamen Ziele.“

Auch die bisherigen Stellvertreter Christian Hanke (115 Stimmen), Barbara Loth (167 Stimmen), Marc Schulte (183 Stimmen) und Iris Spranger (138 Stimmen) wurden im Amt bestätigt. Landeskassierer bleibt Mark Rackles (72,9 % Ja-Stimmen).

Veränderungen gab es nur bei den acht Beisitzerinnen und Beisitzern im Landesvorstand. Wiedergewählt wurden Monika Buttgerit, Renate Harant, Anja Hertel, Brigitte Lange, Ulrike Sommer und Hans Miseslitz. Neu im Vorstand sind die IUSY-Vizepräsidentin Cordula Drautz und der Rudower Abteilungsvorsitzende Rainer Knörr. Nicht durchsetzen konnte sich Tom Schreiber aus Treptow-Köpenick.

Die vier Vertreter Berlins im Parteirat sind Hella Dunger-Löper (166 Ja), Mark Rackles (138 Ja), Fabian Schmitz-Grethlein (118 Ja) und Karin Seidel-Kalmutzki (145 Ja). Ralf Wieland wurde mit 75 Stimmen nicht gewählt.

Zuvor hatte der Landesparteitag mit deutlicher Mehrheit die vom SPD-Landesvorstand vorgelegte Resolution "Aufstieg und Gerechtigkeit – unsere gemeinsame Stärke!" beschlossen. Darin wird eine Positionsbestimmung der Berliner SPD zur Bundespolitik vorgenommen. „Die Ausgangslage, in der sich die Partei im Frühsommer 2008 präsentiert, ist nicht die beste“, heißt es darin. „Für einen Wahlerfolg 2009 braucht es mehr als eine gute Regierungsbilanz. Die SPD ist die Kraft des sozialen Fortschritts – das muss deutlich erkennbar sein. Deutlich wird: Die aktuelle Lagebeschreibung der Partei umfasst viele Facetten, sie ist nicht auf einzelne Fehler oder die Fehler Einzelner zurückzuführen.“



Auf dem Landesparteitag am 21. Juni im Berliner Congress Centrum stimmten 200 Delegierte für den SPD-Landesvorsitzenden Michael Müller, 13 gegen ihn, fünf enthielten sich. Foto: Horb

Die Berliner SPD spricht sich für einen handlungsfähigen Staat und die Durchsetzung von Mindestlöhnen aus: „Wir wollen mit Mindestlöhnen der Arbeit ihren Wert zurückgeben und mit einer Qualifizierungsoffensive den ersten Schritt zum sozialen Aufstieg erleichtern.“ Ausdrücklich unterstützt wird das Vorhaben der SPD auf Bundesebene, einen Rechtsanspruch auf das Nachholen des Hauptschulabschlusses einzuführen, um die Bildungschancen zu verbessern.

Ebenso deutlich betonte die Berliner SPD ihr Engagement für die öffentliche Daseinsvorsorge. Dass dies ausgerechnet bei der Teilprivatisierung der Bahn nicht zum Tragen gekommen sei, sieht die Mehrheit im Landesverband als Fehler an.

Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck machte in seiner Rede deutlich, dass die SPD in den vergangenen zehn Jahren - trotz aller gegenwärtigen öffentlichen Debatten - gute



Herzlicher Empfang: Kurt Beck auf dem Berliner Landesparteitag. Fotos: Horb

Arbeit geleistet habe und heute für die wichtigen Zukunftsthemen stehe. Er verwies auf das Konzept der SPD gegen Kinderarmut, das nicht nur auf die materielle Seite ziele, sondern auf Bildung und Aufstiegschancen setze. Die Pläne zur Abfederung des späteren Renteneinstieg bezeichnete er als notwendig, um den Menschen zu helfen, die sich sonst bei der Arbeit kaputt machten.

KNAPPE MEHRHEIT FÜR PROPORZBEZIRKSAMT

Mit knapper Mehrheit haben sich die Parteitagsdelegierten für die Beibehaltung des bisherigen Systems der Proporz-Bezirksämter ausgesprochen.

Lange und intensiv ist während der vergangenen Wochen in der Berliner SPD über das Verhältnis zwischen Land und Bezirken beraten worden. Dabei ging es um die finanzielle Ausstattung ebenso wie um die künftige Bildung der Bezirksämter. Der SPD-Landesvorstand hatte einen Leittrag vorgelegt, der die Einführung eines Politischen Bezirksamts mit Minderheitenbeteiligung vorsah.

Überraschendes Ergebnis auf dem Landesparteitag: Die Delegierten lehnten zwar - jeweils in geheimer Abstimmung - mit 106 zu 111 Stimmen bei 6 Enthaltungen den Änderungsantrag zur Einführung des Politischen Bezirksamts ab. Mit 106 zu 101 Stimmen bei 4 Enthaltungen wurde aber anschließend ein Änderungsantrag aus Marzahn-Hellersdorf angenommen, der vorsieht, dass das Bezirksamt "aufgrund der Wahlvorschläge der Fraktionen entsprechend ihrem Stärkeverhältnis in der BVV gebildet" wird. Bei der Wahl des Bezirksbürgermeisters bzw. der Bezirksbürgermeisterin sollen wie bisher Vorschläge einer Zählgemeinschaft zum Zuge kommen können. Damit setzt sich die SPD für die Beibehaltung der bisherigen Regelung ein, die eigentlich Ende 2009 ausläuft. Nun müssen im Abgeordnetenhaus darüber Verhandlungen geführt werden. Die kleineren Parteien waren bislang Anhänger eines "Politischen Bezirksamts", das ihnen per Koalition einen Teil der Stadtratsposten gesichert hätte.

Vor allem bei der finanziellen Ausstattung haben die Delegierten die Stellung der Bezirke gestärkt und ihnen eine stärkere Verantwortung übertragen. **U.H. □**

➔ **Im Internet finden Sie die Reden von Michael Müller und Kurt Beck als Video und Tondateien sowie alle Beschlüsse: www.spd-berlin.de**

„Mit Selbstbewusstsein auftreten“

Michael Müller: Erfolge wurden gemeinsam errungen

Steuergerechtigkeit, neue Arbeitsplätze, eine Bildungspolitik, die allen gerechte Chancen eröffnet: "Wir können und müssen selbstbewusst sagen, was wir wollen", erklärte der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 21. Juni.

Berlin sei in den vergangenen zwei Jahren in vielen Bereichen vorangekommen. Michael Müller wies beispielhaft auf die stärker als im Bundesdurchschnitt gesunkene Arbeitslosigkeit hin. 80.000 Menschen mehr als vor einem Jahr hätten inzwischen Arbeit. Er wies auf die Erfolge und neuen Investitionen in Wissenschaft und Forschung hin. Die Kostenfreiheit im Kitabereich sei durchgesetzt, es werde weiter in frühkindliche Bildung investiert. Dass 2008/09 bereits über Schuldenabbau gesprochen werde, sei ein wesentlicher Erfolg der Konsolidierung. "Vieles, was wir 2006 im Wahlprogramm beschlossen haben, findet sich zum Teil eins zu eins im Koalitionsvertrag wieder", so Müller. Der Wahlerfolg sei nicht nur ein Erfolg Klaus Wowereits, er sei auch ein Erfolg aller Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die in Arbeitsgemeinschaften, Fachausschüssen, Abteilungen zusammengearbeitet hätten.



Ehrengäste: Gewerkschaftsvertreter Doro Zinke, Susanne Stumpfenhusen, Olivier Höbel. Foto: Horb

Deutlich wies Müller jüngste Äußerungen von Finanzsenator Thilo Sarrazin zurück. Es gehe nicht, so Müller, dass "Grundsatzpositionen der SPD ständig über die Medien in Frage gestellt" werden. "Wir kämpfen darum, dass Menschen von ihrer Arbeit menschenwürdig leben können. Es ist eine Schande, dass dies noch immer nicht überall möglich ist."

Müller dankte den Bündnispartnern beim Volksentscheid zu Tempelhof, den Naturschützern und Bürgerinitiativen. "Wir haben bewiesen, dass wir kampagnenfähig sind", sagte Müller. Dass 350.000 Berlinerinnen und Berlin mit Nein gestimmt hätten, sei ein Erfolg, vor allem, wenn man berücksichtige, wie schwierig die Aktivierung bei einer solchen Frage sei. Müller griff die "Ballung von

wirtschaftlicher Macht und Medienmacht" bei diesem Volksbegehren an: "Ich möchte immer noch wissen, woher das Geld der ICAT stammte."

Die SPD habe aus dem Tempelhof-Begehren gelernt. "Wir müssen früher, offener und sensibler kommunizieren." Beim Volksbegehren von "Pro Reli" werde es keinen Kultur- oder Kirchenkampf geben, betonte der SPD-Landesvorsitzende. Es werden vielmehr Gespräche und Kooperationen mit den Kirchen gesucht, allerdings auf der Grundlage des gemeinsamen Lernen und der gemeinsamen Erfahrung im Ethikunterricht.

Bundesweit sei die Berliner SPD "führend bei der Gewinnung von Neumitgliedern", so Müller. Die Berliner SPD gehe neue Wege mit ihren Mitgliederforen und den Neumitgliederveranstaltungen. Die Hauptstadt-SPD vertrete selbstbewusst den Anspruch, sich stärker in bundespolitische Debatten einzumischen. **U.H. □**

Beschlüsse des Landesparteitags

Nahezu einstimmig hat sich die Berliner SPD dafür ausgesprochen, den Großflughafen BBI nach Willy Brandt zu benennen.

Mit einem Initiativantrag forderten die Delegierten die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Bundesminister auf, sich im aktuellen Verkaufsverfahren der Bundesdruckerei für den Rückkauf der Mehrheit der Anteile, mindestens jedoch einer Sperrminorität einzusetzen. Dabei gehe es um den Erhalt der Arbeitsplätze in Berlin, zugleich aber auch um die Wahrung der Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger, deren persönliche Daten an die Bundesdruckerei übermittelt würden.

Vor dem Hintergrund der geplanten flächendeckenden Umwandlung von Postfilialen in so genannte „Post-Points“ fordert die Berliner SPD die Deutsche Post auf, die Bereitstellung von Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht in Frage zu stellen. Der Ersatz alteingesessener Postfilialen durch privat betriebene „Post-Points“ wird, auf Grund der zu erwartenden Arbeitsplatzverluste und einer Minderung des lokalen Postangebotes, abgelehnt.

„Auf Dauer sollte das Land Berlin anstreben, wieder in die Tarifgemeinschaft des Bundes und der Länder aufgenommen zu werden und so den Abschluss einheitlicher Flächentarifverträge zu unterstützen“, heißt es in einem Beschluss zur aktuellen Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst. **U.H. □**

Engagiert für Europa

Dagmar Roth-Behrendt für Platz 2 der Europaliste nominiert

Es gelte, mehr Demokratie in der Europäischen Union zu erreichen. Das betonte die Berliner SPD-Europaabgeordnete Dagmar Roth-Behrendt in ihrer Nominierungsrede auf dem Landesparteitag.

"Wir haben in Europa das Versprechen erfüllt, Grenzen zu überwinden und Frieden zu schaffen." Dennoch hätten heute viele Menschen in Europa Angst und kein Vertrauen mehr. Es gelte nun, ein neues Versprechen abzugeben und einzuhalten. Dies sei der Einsatz für ein soziales Europa, für Klimaschutz, dafür, der Verantwortung in der Welt gerecht zu werden.

Vom Landesparteitag wurde sie bei einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen für Platz 2 - der erste Frauenplatz - auf der bundesweiten Europaliste der SPD nominiert worden. Die Europaliste wird im Herbst aufgestellt.

Berliner Nachrücker für den Listenplatz von Dagmar Roth-Behrendt ist Mark Rackles, 41 Jahre, Mitglied im SPD-Fachausschuss Europäische Angelegenheiten und in der Senatskanzlei mit Europafragen be-



Vom Landesparteitag für die bundesweite Europaliste der SPD nominiert: Dagmar Roth-Behrendt.

fasst. In geheimer Abstimmung stimmten 141 Delegierte für ihn, 50 gegen ihn, es gab eine Enthaltung.

Als Berliner Vertreter für den Kongress der SPE, dem Zusammenschluss der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas, ist Björn Hacker gewählt worden. Es gelte, die Mitgliedsländer für das soziale und demokratische Europa zu gewinnen, nicht nur für eine Wirtschaftsunion, sagte er in seiner Vorstellungsrrede. **U.H. □**

Jusos Berlin:

„Der Motor in der SPD bleiben“

Juso-Bilanz nach dem Festival Berlin08: Das Herz der Jugendlichen schlägt links

Über das Jugendfestival Berlin 08 und das politische Engagement Jugendlicher sprach die BERLINER STIMME mit der Juso-Landesvorsitzenden Anne Knauf und den stellvertretenden Juso-Landesvorsitzenden Aziz Bozkurt, und Fabian Weißbarth.

BS: Elftausend Jugendliche auf einem Festival, das von der christdemokratischen Bundesfamilienministerin eröffnet wurde, und mittendrin die Jusos mit Workshops und Infoständen. Wie kommt es, dass die Berührungspunkte früherer Jahre zwischen Jugendlichen, staatlichen Institutionen und Jugendverbänden offenbar keine so große Rolle mehr spielen?

Anne Knauf: Die große Resonanz, die Festivals wie Berlin 08 finden, beweist einmal mehr, dass Jugendliche Interesse an Politik und damit auch an der aktiven Gestaltung unserer Gesellschaft haben. Wir Jusos nutzen diese Events als eine von vielen Möglichkeiten, um auf uns und unsere Politik aufmerksam zu machen und darüber neue MitstreiterInnen zu gewinnen. Von Staatlichkeit lassen wir uns hier weder abschrecken noch vereinnahmen. Bedingt durch unsere „Scharnierfunktion“ zwischen dem linken, außerparlamentarischen Spektrum auf der einen und der SPD auf der anderen Seite sind wir für viele Jugendliche interessant. Hierüber sprechen wir vor allem diejenigen an, die aktiv politisch gestalten wollen, sich aber gleichzeitig nicht mit der Legende der Alternativlosigkeit, die in den vergangenen Jahren immer stärker das politische Handeln bestimmt hat, abfinden wollen. So tragen wir als Jusos dazu bei, dass wir auch in Zukunft der Motor in der SPD bleiben, der die Partei immer wieder an ihre Aufgabe erinnert, für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen.

BS: „Jugendliche begeistern sich für Politik und setzen sich - entgegen vieler Vorurteile - aktiv und engagiert für ihre Ideen ein!“ heißt es in einer Pressemitteilung vom Pressebüro des Festivals. Ist das nicht



Festival Berlin 08: Workshops der Jusos.

Foto: Jusos Berlin

genauso übertrieben wie die darin angesprochenen Vorurteile? Gab das Festival tatsächlich Aufschluss über die Stimmungslage unter Jugendlichen?

Aziz Bozkurt: Übertrieben sind natürlich beide Beschreibungen. Jugendliche sind weder apolitisch, noch Politik-Junkies. Es muss unsere Aufgabe sein, alle mitzunehmen und zu begeistern „sich in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen“. Politik muss sich dabei im Klaren sein, dass die immer wieder herunter gebetete Logik bzw. Argumentationsstruktur der Unveränderbarkeit des Bestehenden nicht zu mehr Politikfreude führt. Anstatt allseits die Politikverdrossenheit junger Menschen zu beklagen, brauchen wir eine Renaissance von „Mehr Demokratie wagen“. Bei denjenigen, die sich aktiv am politischen Leben beteiligen – was uns Berlin 08 wieder verdeutlicht hat – lässt sich feststellen, dass der Trend zu kurzfristigem und themenspezifischen Engagement anhält. Es gilt diese Jugendliche durch gezielte Kampagnen langfristig an die Jusos und damit die Sozialdemokratie zu binden. Erfreulich an Berlin 08 war, zu sehen, dass das Herz der Jugendlichen mehrheitlich deutlich links schlägt!

BS: Welche Erfahrungen haben die Jusos

auf dem Festival gemacht? Und beeinflusst so etwas vielleicht auch die alltägliche Juso-Arbeit vor Ort?

Fabian Weißbarth: Aus Sicht der Jusos verlief das Festival sehr erfolgreich. Mit unserem breiten Workshop-Angebot haben wir uns als linken und inhaltlich-arbeitenden Jugendverband darstellen können. Insbesondere die äußerst hohe Nachfrage des Antifa-Workshops, zeugt davon, dass wir die wichtigen Themen ansprechen und als linker Jugendverband ernst genommen werden. Erfreulich für uns war aber auch die Abschlussveranstaltung. Auf dem Podium hielt unsere Bundesvorsitzende Franziska ein flammendes Plädoyer dafür, dass die Kritik der bestehenden Verhältnisse an Brisanz nicht verloren hat. Worte wie „Systemkritik“ oder „Vision des demokratischen Sozialismus“ schreckten die Jugendlichen nicht ab, im Gegenteil, sie applaudierten lautstark! Solch ein Zuspruch animiert uns in unserer alltäglichen Arbeit!

BS: Das Festival hat viel Geld gekostet. Lohnt es sich aus Sicht der Jusos, so etwas zu wiederholen?

Fabian Weißbarth: In der Tat haben Veranstaltungen wie das Jugendforum oder eben Berlin 08 oftmals den Anschein nur Alibi-Mitwirkungsveranstaltungen zu sein. Statt die bestehenden Strukturen zu ändern, die es jungen Menschen erschweren sich zu engagieren, gaukelt man ihnen die Teilhabe am politischen Prozess vor. Tatsächlich aber bieten sich auch Chancen. Bei Berlin 08 können Jugendliche aus ganz Deutschland mit neuen Ideen und Anregungen in Kontakt kommen. Dazu sind u.a. wir Jusos da, entsprechende Inhalte anzubieten und darüber neue MitstreiterInnen zu begeistern. Allerdings darf mit Veranstaltungen wie Berlin 08 nicht die Partizipation Jugendlicher vor Ort abgebaut werden. Wir brauchen mehr selbstverwaltete Jugendstrukturen in der Breite und Mitbestimmung an Uni und Schule die ihren Namen verdienen. **Fragen: Ulrich Horb**

AG Migration Steglitz-Zehlendorf.

Anlässlich des von der EU-Kommission ausgerufenen „Europäischen Jahrs des interkulturellen Dialogs 2008“ startet die AG Migration in Steglitz-Zehlendorf mehrere Projekte. Ziel der Kommission ist es, innerhalb der EU und ihren mittlerweile 27 Mitgliedstaaten das Gespräch zwischen den Menschen unterschiedlichster Herkunft zu fördern. Die Arbeitsgemeinschaft Migration des Bezirks

NOTIZEN AUS DEN KREISEN

plant dazu einen Besuch in Stettin, um dort mit Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei Polens über die Chancen zu reden, die die besondere Nachbarschaft zwischen Deutschen und Polen mit sich bringt. Zudem wird die AG ihre im vergangenen Jahr begonnenen Exkursionen fortsetzen und sich einen Eindruck vom arabischen Leben

in Berlin verschaffen. Und schließlich engagiert sich die Arbeitsgemeinschaft für die Schaffung eines Netzwerks Integration Südwest (NIS), um für die im Themenfeld Migration und Integration tätigen Initiativen und Organisationen eine Plattform zum Informationsaustausch und zur Einflußnahme auf die bezirkliche Politik zu schaffen. **PM**

Kontakt: Günther Schulze, Guenther-SchulzeBerlin@gmx.de.

FRAKTION INTERN

Einladung: Frauen im Fokus - Das neue Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm. Jetzt liegt das neue Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm des Berliner Senats vor. Es besteht Einigkeit darüber, dass Berlin damit die Weichen für eine inhaltliche und strategische Neuorientierung der Gleichstellungspolitik für die Jahre 2008 bis 2011 vornimmt und bundesweit eine führende Rolle einnimmt. Dazu zählt, dass Frauenpolitik künftig als Querschnittsaufgabe aller Ressorts wahrgenommen wird. "Aufgabe für die Frauenpolitik ist es jetzt", so die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Canan Bayram, "die konkrete Ausgestaltung der Aktions- bzw. Masterpläne vorzunehmen. Das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm muss weiter mit Leben erfüllt werden". Dabei setzt die rot-rote Koalition auch auf den engen Dialog mit Verbänden, Vereinen und Institutionen. Aus diesem Grund lädt die SPD-Fraktion gemeinsam mit der Linksfraktion ein zur Diskussion über die Ausgestaltung des Rahmenprogramms am Mittwoch, dem 9. Juli, 18-20 Uhr, ins Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstr. 5, Raum 311. Mehr Infos unter: www.spdfraktion-berlin.de, Tel. 23 25 22 22

Schreiber fordert Rauswurf von Voigt. Der Vorsitzende der NPD, Udo Voigt, ist seit über 35 Jahren Mitglied des Bundeswehrverbandes. Dieser Skandal wurde jetzt nach hartnäckigen Recherchen des verfassungspolitischen Sprechers der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses, Tom Schreiber, öffentlich. Der Sprecher für Verfassungsschutz, Tom Schreiber, hält diesen Sachverhalt für unerträglich und hat den Bundeswehrverband aufgefordert, den NPD-Vorsitzenden schnellstmöglich aus dem Verband auszuschließen. Der Bundeswehrverband hat seinerseits nun angekündigt, einen Ausschluss prüfen zu wollen. Der Verband fürchtet jedoch, dass das Antidiskriminierungsgesetz Voigt vor einem Ausschluss schützen könnte. Diese Einschätzung teilt Schreiber jedoch nicht und kündigt an, weiter an der Sache zu bleiben.

Dachverlängerung am Hauptbahnhof: Andere Maßnahmen dringlicher! Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Christian Gaebler, hat die jetzt diskutierte Verlängerung des Daches am Hauptbahnhof kritisiert. "Auch wenn es ein Fehler war, beim Bau des Hauptbahnhofs nur einen Teil der vorgesehenen Dachkonstruktion zu realisieren, so sind jetzt andere Maßnahmen für die Fahrgäste wichtiger." Als Beispiele nannte Gaebler den Bau eines Daches für die Ringbahnsteige am Ostkreuz oder den Anwohnerschutz an der Dresdner Bahn. Unterstützung erhält Gaebler vom Fahrgastverband IGEB. **TM □**

Gedenkstättenfahrt:

Noch freie Plätze im Herbst

SPD-Gruppe fährt nach Prag, Lidice und Theresienstadt

Für die im September geplante Gedenkstättenfahrt der Berliner SPD nach Prag gibt es noch einige freie Plätze.

Von Montag, dem 15. September, bis Freitag, dem 19. September 2008, stehen Prag, Lidice und Theresienstadt auf dem Programm. Veranstaltet wird die Fahrt wieder in Kooperation mit Paper Press Studienreisen®. Die Gedenkstättenfahrt bietet ein umfangreiches Informations- und Besichtigungsprogramm. Führungen zeigen das „historische Prag“ und das „jüdische Prag“, im ehemaligen Lager Theresienstadt und

in der Gedenkstätte in Lidice werden Kränze niedergelegt, es gibt interessante Gesprächspartner. Teilnehmen können alle Interessentinnen und Interessenten, unabhängig von der Mitgliedschaft in der SPD.

➔ Das Programm und die Anmeldeunterlagen können entweder auf der Internetseite www.gedenkstaettenfahrten.de heruntergeladen oder telefonisch unter 701 786 40, per Fax: 701 786 41, per Post: Paper Press Studienreisen, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin, oder per E-Mail: post@paperpress.de angefordert werden. **BS □**

„Die Arbeit mit Leben erfüllt“

Ingeborg Renner: Dank an Harry Hoffmann

Anfang der 80er Jahre beschloss unsere Partei, die Senioren besser zu beachten, es wurden bundesweit Senioren-Beiräte eingerichtet. Im Bezirk Wedding wurde ich mit dieser Aufgabe betraut. Als ich den Vorsitz dieses Gremiums nach acht Jahren aufgab, war Harry Hoffmann bereit, diese Aufgabe zu übernehmen - er hat sie mit viel Leben gefüllt!

Zu dieser Zeit waren starke Bestrebungen im Gange, aus dem eher bedeutungslosen Beirat eine Arbeitsgemeinschaft mit Antrags-, Stimm- und Rederecht zu machen - Harry war ein eifriger Verfechter dieser Idee. Zu dieser Zeit war er kurz Vorsitzender der Landesseniorenarbeit - Inge Frohnert suchte ihre Hauptarbeit in Bonn. Anfang der 90er Jahre gab es dann die AG 60plus. Als Inge Frohnert nach Berlin zurückkehrte, wurde sie wieder zur Landesvorsitzenden gewählt, sie gestaltete die monatlichen Treffen der Landessenioren, Harry arbeitete im Wedding weiter.

Damals gab es bereits die 6-tägigen Senioren-Seminare in der Franken-Akademie in Schney, die immer einen politischen Themenkomplex von vielen Seiten bearbeiteten - sie waren sehr beliebt. Als deren Organisator, der Genosse Feldmann aus Krankheitsgründen aufgab, war Harry sofort bereit, hier weiter zu machen. Wir haben mit ihm und durch ihn viele Diskussionen zu interessanten Schwerpunktthemen gehabt, viele Fahrten durchgeführt: z. B. zum KZ Buchenwald bei Weimar oder auch den Besuch eines bayrisch-thüringischen Dorfes, durch das eine kompakte drei Meter hohe Mauer Nachbarn, Freunde, Familien bis 1989 auseinander riss.

Als Inge Frohnert die Leitung der Landes-Seniorentreffs aufgab, gab es dort zunächst Stockungen - bis Harry gebeten wurde, die



Harry Hoffmann und Ehefrau Herta.

Foto: Mittenmang

Aufgabe zu übernehmen - er war selbstverständlich bereit dazu. Wenn irgendwo etwas zu tun war, musste er nicht lange gebeten werden. Er fragte nicht, ob eine Funktion - ein Name - damit verbunden war. Er tat die Arbeit und er tat sie gerne - das spürte man! Er hat im Laufe von etwa 18 Jahren viele Kontakte geknüpft, viele Adressen, Telefonnummern, Namen gesammelt, die für seine Nachfolger gute Hilfen sind.

Harry, inzwischen 84 Jahre alt, hat seinen Rücktritt in der "aktiven" Seniorenarbeit (er bleibt ja mit Herta weiter bei uns) früh angekündigt, so konnte auch gut vorgesorgt werden. Den Wedding Genossen steht jetzt Klaus Gerner vor, Organisation und Gestaltung der Senioren-Seminare liegen jetzt in den Händen von Horst Lange. Unser 1. Landesvorsitzender von 60plus, Werner Kleist, wird jetzt die monatlichen Treffs, die inzwischen in Kreuzberg bei "TRANSNET" stattfinden, gestalten und leiten - ein Mann und drei Nachfolger. -

Harry, wir Seniorinnen und Senioren haben Dir viel zu verdanken! Und du wirst weiter in „Deiner“ Baugenossenschaft für die Einrichtung von Wohngemeinschaften arbeiten, die so genannten Lücke-Kinder in Spandau unterstützen oder die Kakteenfreunde besuchen. **Ingeborg Renner □**

Wahlrecht

Mit Enthaltung Einfluss nehmen

Vera Junker: Ein Vorschlag zum Leistungsprinzip im parlamentarischen System

„Was wäre, wenn wir das Leistungsprinzip in das parlamentarische System einführen?“ fragt die Reinickendorfer Sozialdemokratin Vera Junker. In ihrem Beitrag für die BERLINER STIMME legt sie dazu einen Vorschlag zur Änderung des Wahlrechts vor.

Erstens: Bei Parlamentswahlen wird eine Enthaltungsstimme eingeführt.

Zweitens: Die Zahl der Enthaltungsstimmen beeinflusst die Größe des Parlaments.

Drittens: Jedes Parlament bestimmt seine arbeitsfähige Mindestgröße. Diese entspricht der Zahl der Direktmandate.

Viertens: Bei 50% oder mehr an Enthaltungsstimmen hat das Parlament nur die Mindestgröße (plus Ausgleichsmandate).

Die Begründung: Das Klagen über die geringe Wahlbeteiligung nach jeder Wahl ist reine Rhetorik ohne jede Konsequenz. Die Erklärungen für die geringe Wahlbeteiligung wie z.B. Wahlverweigerung aus Protest, extrem Links oder Rechts werden aus Protest gewählt, Politikverdrossenheit, eigene Politik wurde nicht richtig erklärt, bzw. der Wähler hat sie nicht richtig verstanden, schönes Wetter/schlechtes Wetter, Dummheit der Wähler, Globalisierung (passt immer), führen regelmäßig zu nichts.

Man muss dem Wähler eine Einflussmöglichkeit geben, die nicht parteipolitisch ist (ich wähle zähneknirschend das geringste Übel), sondern allgemeinpolitisch (für mich ist nichts dabei). Die Zusammensetzung des Parlaments soll den



Die Juristin Vera Junker ist Mitglied der SPD in Reinickendorf. Foto: privat

Wählerwillen zu 100 % abbilden. Wenn sich nur 70 % der Wähler für eine Partei entscheiden können, ist es nicht gerechtfertigt, das Parlament zu 100 % zu besetzen. Die Enthaltungsstimme beeinflusst Folgendes:

Erstens: Alle Parteien sind gemeinsam und jede für sich dafür verantwortlich, dass es nicht zu Mandatsverlusten durch Politikverdrossenheit kommt, z.B. infolge gebrochener Wahlversprechen oder inhaltsleerer und unernster Politikclownerie.

Zweitens: Der Wähler muss Protest nicht mehr dadurch ausdrücken, dass er extreme politische Richtungen wählt.

Drittens: Angesichts der um sich greifenden Politikverdrossenheit der Bürger sollte

die Einführung einer Enthaltungsstimme, die das bisherige Wahlsystem wesentlich weniger beeinflusst und auch wesentlich einfacher ist als z. B. die Vorschläge der Initiative "Mehr Demokratie e.V.", auf allen Ebenen der SPD ernsthaft diskutiert werden. **Vera Junker** □

Hubertus Heil: SPD als Motor der Gleichstellung

Ein halbes Jahrhundert ist es her, dass das Gleichberechtigungsgesetz in ein Gesetz gegossen wurde. Mit dem Gleichberechtigungsgesetz war jedoch immer noch das Recht der (Ehe-)Frau auf Erwerbstätigkeit von der Zustimmung ihres Ehemannes abhängig.

Die Zuständigkeit der Frau für die Haushaltsführung wurde per Gesetz festgeschrieben. Erst mit der Ehe- und Familienrechtsreform der sozialliberalen Koalition der 1970er Jahre wurde die Pflicht der Frauen zur Haushaltsführung gestrichen, das Leitbild der „Hausfrauenehe“ formal aufgehoben und die Arbeitsteilung in der Familie zur Privatangelegenheit der Eheleute.

Die SPD ist immer Motor des gleichstellungspolitischen Fortschrittes in unserer Gesellschaft gewesen und wird es auch bleiben. Sie hat in Regierungsverantwortung die Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft immer aufs Neue vorangebracht. Die sozialdemokratische Bilanz ist eine Erfolgsgeschichte. Das ist auch der Grund, warum die SPD in allen Altersgruppen von mehr Frauen als Männern gewählt wird.

Trotz aller Erfolge gibt es aber auch noch Defizite. Die dritte Bilanz der Bundesregierung zur Chancengleichheit in der Privatwirtschaft hat gezeigt: Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.

Die SPD wird auf der Grundlage des Hamburger Programms und der Hamburger Beschlüsse des Bundesparteitages 2007 in ihrem Regierungsprogramm 2009 die Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft in allen Politikfeldern weiter voranbringen und zu einem zentralen Thema machen. **Hubertus Heil** □

POST AN DIE BERLINER STIMME, MÜLLERSTR. 163, 13353 BERLIN

„MEHR ALS UNFAIR“

Ich danke Ditmar Staffelt für seinen Brief an den Vorsitzenden der "Berliner Linken" (BL) Mark Rackles.

Wenn in einem Artikel des Newsletter der BL der Genosse Mark Rackles das Stimmenverhalten anderer Genossen zur Bahnprivatisierung veröffentlicht, um sie vorzuführen, dann ist dies mehr als unfair. Es gilt in unserer Partei immer noch das demokratische Handeln und Tun jedes einzelnen Genossen und Genossin. Bei der Bahnprivatisierung geht es nicht um eine Gewissensentscheidung, sondern um viel Geld und vor allem um die Zukunft der Bahn (damit auch der Bahnkunden). Seit es das Thema Bahnprivatisierung gab, wurde in

unserer Partei heftig darüber diskutiert und auch Beschlüsse gefasst - nie im Konsens. Damit muss es auch das Recht der einzelnen Abgeordneten sein, ihrer politischen Auffassung eine Stimme zu geben.

Ich möchte Mark Rackles auch bitten einen konstruktiven Dialog zu führen, egal wo wir innerhalb der Partei stehen. In meiner Abteilung, einer der größten in Berlin, haben wir auch sehr viele politische Strömungen vertreten und wir diskutieren zu verschiedenen politischen Themen oft heftig aber immer: sachlich, fair und vor allem mit Respekt. Zu uns kann jeder kommen - das war auf dem Bundesparteitag in Hamburg unser Motto - Mark wir laden Dich gern ein. **Ulrich Davids, Vorsitzender Abt.1 Rosenthaler Vorstadt** □

Studie der Hans-Böckler-Stiftung:

Lobby für Selbständige und Freiberufler

Beim Steuerzahlerbund ist wenig Transparenz vorhanden

In einer von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie ist jetzt das Wirken des Bundes der Steuerzahler untersucht worden. Fazit: Drei Viertel der Mitglieder sind Unternehmer und Freiberufler und können sich den von ihrem Verband geforderten „schlanken Staat“ leisten.

Der Bund der Steuerzahler erreicht durch medienwirksame, oft symbolisch inszenierte Kritik am Steuersystem, am staatlichen Ausgabenverhalten und an der Finanzierung von Parteien und Parlamenten erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit. Der "Steuerzahler-Gedenktag", die "Schuldenuhr" und die Vorstellung des "Schwarzbuches" finden Resonanz. In den vergangenen Jahren hat die Wirkung des Verbandes aber trotz konsequenter Ausrichtung an den Bedürfnissen reichweitenstarker Medien nachgelassen. Das sind Ergebnisse einer neuen Untersuchung des Politikwissenschaftlers Dr. Rudolf Speth.

Für die Politik sei der Steuerzahlerbund nur bedingt Ansprechpartner, in der Wissenschaft spiele das verbandseigene Karl-Bräuer-Institut kaum eine Rolle, konstatiert der Privatdozent an der Freien Universität Berlin in seiner von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie. Die Konzentration auf medial leicht vermittelbare "Aufregertemen" gehe auf Kosten der Reputation unter Experten. So habe der Verbandsvorsitzende Dr. Karl-Heinz Däke vom Steuerzahlerbund veröffentlichte plakative und scheinbar exakte Zahlen über eine angebliche "Steuerverschwendung" in Höhe von 30 Milliarden Euro pro Jahr wiederholt relativieren müssen. Mittlerweile erkläre der Steuerzahlerbund, den Umfang von "Steuerverschwendung" nicht beziffern zu können.

Der Lobbyismus-Forscher Speth führte für seine Untersuchung 25 Interviews mit Experten innerhalb und außerhalb des Steuerzahlerbundes, unter anderem aus der Verbandsführung auf Bundes- und Länderebene. Außerdem wertete er die Publikationen und Stellungnahmen des Verbandes aus.

"Die Idee einer zivilgesellschaftlichen Kontrolle der staatlichen Ausgabenpolitik und der Politikfinanzierung ist sehr wertvoll. Aber der Steuerzahlerbund setzt diese Idee verkürzt und oft einseitig um", resümiert der Wissenschaftler. So setze sich die Organisation beispielsweise kaum mit dem Wert öffentlicher Güter und öffentlicher Aufgaben oder mit den Gründen für Steuerflucht auseinander. "Die Grundsatzbotschaft lautet schlicht: Der Staat soll

schlank sein. Die Politik muss sparen", so Speth. Dafür würden weitere Privatisierungen, auch bei der sozialen Sicherung, Stellenabbau im öffentlichen Dienst und vor allem Steuersenkungen gefordert: "Niedrige Steuersätze gelten als Allheilmittel: Sie würden die Leistungsbereitschaft fördern und auch helfen, das Problem der Steuerflucht zu lösen", beschreibt der Forscher die Argumentation des Steuerzahlerbundes.

STAATLICHE LEISTUNGEN AUSGEBLENDET

Als weiteres Beispiel für die Tendenz zu "plakativen Vereinfachungen" nennt der Forscher die Inszenierung des "Steuerzahler-Gedenktages". Bei der Terminierung beziehe der Verband etwa neben Steuern auch Sozialversicherungsbeiträge ein - "auch wenn die nicht an das Finanzamt gehen und es dafür auch unmittelbaren Schutz gibt, etwa im Falle der Krankenversicherung." Zudem werde zwar meist in den Pressemitteilungen "weit unten darauf hingewiesen, dass es für die Steuern auch Gegenleistungen des Staates gibt." Insgesamt suggeriere die Anlage des "Gedenktages" aber, "dass man einfach für einen anonymen Akteur Zahlungen geleistet habe."

Ziele und Strukturen des Verbandes seien in wichtigen Bereichen wenig transparent, so Speth. Beispielsweise nehme der Bund der Steuerzahler für sich in Anspruch, für alle Steuerzahler zu sprechen. Seine Mitgliedschaft bestehe aber zu etwa 60 Prozent aus Unternehmern und Unternehmen, die meist aus dem gewerblichen Mittelstand stammen. Weitere 15 Prozent der Mitglieder seien Freiberufler. "Diesen Gruppen gilt auch das Hauptaugenmerk der politischen Forderungen", analysiert der Forscher. Arbeitnehmer machten nur etwa zehn Prozent der Mitglieder aus, wobei leitende Angestellte dominierten.

VERSICHERUNG ZAHLT

Die Bedeutung der Kernklientel und der Charakter als "Verband der kleinen Gewerbetreibenden und der Selbständigen" habe sich durch den Mitgliederschwund in den vergangenen Jahren tendenziell verstärkt, schätzt Speth. Seit 2001 sei die Mitgliederzahl um rund 100.000 auf etwa 330.000 gesunken. Auch eine intensive Zusammenarbeit mit der Hamburg-Mannheimer Versicherung bei der Mitgliederwerbung habe in den letzten Jahren nicht verhindern können, dass der Steuerzahlerbund per Saldo rund 10 000 Mitglieder im Jahr verliere.

Die Kooperation mit der Assekuranz, in deren Beirat Verbandspräsident Däke Mitglied ist, besteht laut Speth seit rund 40 Jahren. Es gebe Beauftragte der Hamburg-Mannheimer Versicherung, deren ausschließliche Aufgabe es ist, Mitglieder für den Steuerzahlerbund zu werben. "Die Angestellten der Versicherung nutzen den guten Namen des Steuerzahlerbundes und bekommen dadurch Kontakt mit potentiellen Kunden der Versicherung", so der Forscher. Erst nach der Werbung für den Steuerzahlerbund komme es zu einem Gespräch zwischen Hamburg-Mannheimer Versicherung und dem Kunden.

Bei der Kooperation zwischen der Versicherung und dem Bund der Steuerzahler fließe auch Geld, schreibt der Forscher. Der Steuerzahlerbund zahle an die Versicherung eine Provision in der Höhe eines Jahresbeitrags für die Vermittlung eines neuen Mitgliedes. Im Gegenzug habe sich die Versicherung verpflichtet, bei Nichterreichen einer vereinbarten Zahl von Neu-Mitgliedern für jedes nicht geworbene Mitglied die Hälfte eines Jahresbeitrags an den Verband zu zahlen. Das komme in letzter Zeit häufiger vor. Die Versicherungsvertreter könnten nur noch rund ein Drittel der zugesagten Mitglieder werben, so Speth. So habe der Landesverband Baden-Württemberg beispielsweise in den letzten Jahren jeweils rund 45 000 Euro für nicht geworbene Mitglieder von der Hamburg-Mannheimer Versicherung erhalten.

Das verbandseigene Karl-Bräuer-Institut, das Grundlagenarbeit und -forschung für den Verband leisten soll, könne seine Aufgabe nur noch bedingt erfüllen und habe weder Anschluss an die akademische Welt, noch könne es mit dem Publikationstempo der wissenschaftlichen Wirtschaftsforschungsinstitute mithalten.

Die starke Medienorientierung konterkarieren zudem die lobbyistischen Anstrengungen des Verbandes, analysiert Speth. Einzelne Landesverbände versuchten sich zwar verstärkt in Politikberatung, auf Bundesebene stehe der Steuerzahlerbund aber in einem "schwierigen Spagat": "Auf der einen Seite versteht er sich als Kontrollorgan der Politik und arbeitet hier auch gerne mit den Boulevard-Medien zusammen. Auf der anderen Seite möchte er Gesprächspartner der Politik sein und versucht einen inhaltlichen Dialog zu einzelnen gesetzgeberischen Vorhaben. Der Steuerzahlerbund wird nach wie vor von der Politik gefürchtet, weil niemand von ihm skandalisiert werden möchte. In einer solchen Atmosphäre wird das Gespräch schwierig." **PM □**

SPD-Debatte

Agendapolitik sozial gerecht korrigieren

Robert Drewnicki: Warum ich für Kurt Beck bin

Sicher war der wohlwollende Applaus für Kurt Beck auf dem Landesparteitag am 21. Juni nicht ausschließlich seiner Rede geschuldet und er rührte auch nicht von übergroßer Liebe zum nicht immer glücklich agierenden Parteivorsitzenden her. Wir wissen vermutlich auch, dass Kurt Beck kein wirklich Linker ist. Aber wir wissen spätestens seit dem Hamburger Parteitag: Kurt Beck hat verstanden, dass die Agendapolitik reformiert gehört - und zwar sozialdemokratisch reformiert.

Und wir wissen: Frank-Walter Steinmeier möchte nur Kanzlerkandidat werden, wenn er seine Erfindung – die Agendapolitik – konsequent weiter betreiben und fortentwickeln kann. Entweder, weil er nicht anders kann oder, weil er nicht anders will.

Man wird gerne in eine sozialtäuferische 70er-Jahre-Ecke gestellt, wenn man nicht akzeptiert, was die Agenda 2010 Großartiges für unser Land geleistet hat – Stichwort Wettbewerbsfähigkeit in der Globalisierung. Auch, wenn noch niemand glaubhaft beweisen konnte, dass Verstärkung der Armut, Aushebelung des Arbeitsschutzes, Mindestlöhne und Abstiegsängste der so umworbenen Mitte uns gegenüber Ländern konkurrenzfähig machen, in denen Menschen für ihre Arbeit unter unzumutbaren Bedingungen nach wie vor einen Bruchteil dessen verdienen, was selbst in Lohndumping-Branchen im Agenda-Deutschland üblich ist. Und was hat uns die Agenda 2010 noch beschert: eine Partei, die sich links von der SPD etabliert hat – mit den Stimmen all derer, die früher gehofft hatten, die SPD würde – Volkspartei hin, Volkspartei her – hauptsächlich für sie Politik machen und eben nicht nur von sozialer Gerechtigkeit reden.

Das Stimmungstief ist ja nicht der Tatsache geschuldet, dass wir reihenweise Wähler an die CDU und die FDP verlieren, weil unsere Politik nicht genügend die der gesellschaftlichen Mitte ist. Vielmehr können wir nicht vermitteln, dass wir eine Politik der sozialen Gerechtigkeit betreiben – wir können es denen nicht vermitteln, die auf eine solche Politik angewiesen sind. Wir können es denen nicht vermitteln, die traditionell Jahrzehnte die SPD wählten, weil sie die einzige Partei war, die glaubhaft eine Politik des sozialen Ausgleichs betrieben hat.

Es ist keine rückwärtsgewandte linke 70er-Jahre Träumerei, sich gegen eine Kanzlerkandidatur von Steinmeier auszusprechen (an einen Steinmeier-Parteivorsitz möchte ich nicht einmal im Traum



Robert Drewnicki, hier am Infostand, ist Abteilungsleiter in Neu-Westend. Foto: Sempff

denken müssen). Vielmehr hat die Agendapolitik dazu geführt, dass sich Kapitalismus zügellos entwickelt, dass Mio. Menschen (nämlich all jene, die zusätzlich zu ihrem Verdienst Gelder aus dem ALG II beziehen) nicht einmal von ihrer Arbeit leben können, wenn sie vollbeschäftigt sind, dass Arbeitnehmerrechte in vielen kleineren Betrieben nur noch auf dem Papier existieren, dass auch in der Mitte die Angst umgeht – nicht die Angst vor einer Aufweichung der Agendapolitik, sondern die Angst vor dem Abstieg in das Prekariat. Vielleicht macht das die Mitte sehr viel linker, als sie offiziell definiert und auch von der SPD angesehen wird.

Und weil es in meiner naiven Vorstellung von Sozialdemokratie die historische Aufgabe der SPD ist, diese Tendenzen nicht zu verstärken, sondern sie zu bekämpfen oder zumindest sozial abzufedern, deswegen bin ich u. a. Mitglied dieser Partei. Und deswegen will ich es nicht akzeptieren, dass Frank-Walter Steinmeier allen Fehlentwicklungen zum Trotz an seiner Erfindung Agenda 2010 festhält und die SPD im Zuge seiner auch herbei geschriebenen Popularität dazu zwingen will, ihn in der Not nicht nur zum Kanzlerkandidaten zu machen, sondern auch noch ohne Wenn und Aber hinter seiner Agendapolitik zu stehen.

Qui bono? Diese Frage sollte man sich stets stellen. Wem nützt es, wenn Steinmeier Kanzlerkandidat wird? Sicher nicht den Menschen, die bereits zum Prekariat gehören. Sicher nicht den Menschen, die auf dem Weg dorthin sind oder befürchten es zu sein. Sicher nicht den Menschen, die meinen, dass Arbeitnehmerrechte, Mitbestimmung u. v. m. eine Errungenschaft und keine Geisel sind. Und vermutlich sicher auch nicht den Menschen, die ein Interesse an einer starken SPD haben. Sollte das vielleicht der Sinn von unzähligen Umfragen und Medienberichten gegen Kurt Beck und für Frank-Walter Steinmeier als Retter der SPD sein?

Vermutlich steht im Wahljahr 2009 eine weitere Rezession oder zumindest ein starkes Absinken des Aufschwungs vor der Tür. Und die Linke wird bei einer Kanzlerkandidatur Steinmeier nichts weiter machen müssen als stets darauf hinzuweisen: „SPD-Steinmeier: Der Mann, der die Agenda 2010 erfunden hat und fortführen will.“ Vielleicht können wir uns dann noch einmal in eine große Koalition retten, um in die sozialdemokratische Unkenntlichkeit zu verfallen.

Aber wem würde das nützen? Nicht den Menschen, die auf eine ausgewogene Politik der SPD als Gegenstück zu den ungezügelten Kräften des Marktes angewiesen sind und dafür eine SPD brauchen, die sich ihrer Traditionen und gesellschaftlichen Aufgabe – auch und gerade als Gegenentwurf zu der Fundamentalopposition der Linken – bewusst ist. Wenn die SPD zur besseren CDU/FDP wird, dann hat sie ihre Daseinsberechtigung verloren. Aufgabe der SPD kann es nicht sein, die Agendapolitik uneingeschränkt fortzuführen oder noch nachzuschärfen. Aufgabe der SPD ist es, die Agendapolitik sozial gerecht zu korrigieren. Wir dürfen nicht unsere Gesellschaft globalisierungsgerecht umgestalten wollen, wir müssen die Globalisierung menschlich und sozial gerecht gestalten wollen.

Und weil ich glaube, dass Kurt Beck das im Gegensatz zu Frank-Walter Steinmeier wenigstens im Ansatz erkannt hat (vielleicht auch aufgrund seiner Vita), und weil ich meine, dass sich die SPD nicht von scheinheiligen Umfragen und Journalisten zu einem Kandidaten und einer Politik zwingen lassen darf, die ihr als Partei nicht nützen kann – weder in Konkurrenz zur CDU/FDP, noch in Konkurrenz zur Linken – deswegen bin ich als linker Sozialdemokrat für Kurt Beck.

Zum Schluss noch eins: Als Sozialdemokrat halte ich auch nicht viel von „Verelendungstheorien“. Die Idee mancher in der SPD, Steinmeier könnte doch jetzt Kanzlerkandidat werden, damit wir ihn dann los sind und danach einen der Unsrigen perspektivisch besser in Stellung bringen können. Diese Idee mag vielleicht bestechend wirken, aber sie ist auch zynisch. Zynisch den Menschen gegenüber, die im Falle von vier weiteren Jahren großer Koalition unter einer Regierung Merkel/Steinmeier nicht viel zu gewinnen, aber weiterhin viel verlieren hätten. Und zynisch einer Partei gegenüber, die in einem Agendawahlkampf verelenden und die Linke weiter stärken würde. **Robert Drewnicki** □

SPD & Jugend:

„Nachfrage nach moderner Interpretation“

Joschka Langenbrinck und Dirk König: Soziale Demokratie ist für die Jugend attraktiv

Man könnte meinen, die SPD tut derzeit alles dafür, die Amtszeit von Angela Merkel zu verlängern. Der Richtungsstreit und die Flügelkämpfe der letzten Wochen und Monate spielt vor allem den Konservativen in die Hände.

Die Sozialdemokratie verfällt in Verhaltensmuster, die man längst glaubte abgelegt zu haben. Es scheint, als ginge es hierbei nicht nur um den künftigen Kurs der Bundespartei, sondern auch um "alte Rechnungen", die nun nach der Zeit des "Durchregierens" beglichen werden sollen. Viel beklagenswerter als dieser Umstand ist jedoch, dass zugleich neue Rechnungen aufgemacht werden.

In Wirklichkeit ist es jedoch nicht die SPD, die sich über ihren Kurs bewusst werden muss - es ist die Linke/PDS, die zu erklären hat, ob sie politische Verantwortung und Gestaltung übernehmen will oder nicht. Denn die Anstrengungen für ein rot-rot-grünes Projekt auf Bundesebene könnten unmöglich einseitig getragen werden. Die Linke/PDS aber verharrt in der selbstgewählten Rolle als Fundamentalopposition. Sie trennt sich nicht von kommunistischen Altlasten, ist unwillig zu programmatisch-inhaltlicher Arbeit und hofft auf Streit in der SPD. Und die tut ihr den Gefallen: Sie geißelt ihren erfolgreichen Reformkurs - der gewiss modifiziert werden könnte - und beginnt eine rückwärts gewandte Grundsatzdebatte, just in dem Moment, in dem sie sich ein modernes Grundsatzprogramm für das 21. Jahrhundert gibt. Und die Bundeskanzlerin? Sie verbucht die zählbaren sozialdemokratischen Erfolge der Großen Koalition allein für sich.

„ROT-GRÜN HAT DAS LAND
SOZIALDEMOKRATISIERT“

Dabei könnte es so einfach sein: Um die Linkspartei/PDS auch auf Bundesebene zu entzaubern, ist eine andere - inhaltliche - Auseinandersetzungskultur von Nöten. Es reicht auf Dauer nicht aus, allein auf die Verfehlungen Lafontaines aufmerksam zu machen. Wir dürfen nicht vergessen: Während der rot-grünen Ära wurde das Land von Grund auf sozialdemokratisiert. Die Ideen der "Neuen Mitte" tragen überall Früchte in der Gesellschaft, die auch von der SPD geerntet werden müssen.

Diesem sozialdemokratischen Zeitgeist ist es zu verdanken, dass heute junge, aufstiegswillige Menschen nach mehr streben. Sie sind es, die erkennen, dass der Globalisierung mehr inne wohnt, als die libe-



Wie erreicht man Jugendliche? Beim alex-Wettbewerb der Berliner SPD Anfang des Jahres wurden engagierte Jugendprojekte ausgezeichnet.

Foto: Horb

rale Ideologie einer entfesselten Ökonomie, die erkennen, dass auch in der Globalisierung das Gemeinwohl mehr zählt, als "freie Märkte", und dass eine Globalisierung in geregelten Bahnen den Menschen insgesamt mehr Chancen gewährt, als Gefahren produziert.

In den jüngeren Gruppen unserer Gesellschaft wächst die Nachfrage nach einer modernen und dynamischen Interpretation sozialer Demokratie des 21. Jahrhunderts. Die sozialdemokratische Politik der Bildungs-, Aufstiegs- und Lebenschancen für alle entfaltet ebenso eine große Attraktivität wie das vorsorgende Investieren in Menschen und ihre Fähigkeiten.

Und diejenigen, die profitieren, sind diejenigen, die auch wieder bereit sein werden, etwas für ihr Land und ihre Gesellschaft zu investieren.

Junge Menschen sind heute wie damals politisch interessiert. Doch ihr Interesse drückt sich nicht in parteipolitischem Engagement aus. Woran liegt das? Persönliche politische Einflussnahme lässt sich - abgesehen von Wahlerfolgen - kaum in quantifizierbaren Ergebnissen darstellen. Die Kommunikationsrevolution bietet mit den Möglichkeiten des Internets neue Formen der politischen Auseinandersetzungen, die - obwohl sie am Ende genauso wenig quantifizierbar sind - viel praktikabler erscheinen, als eine Parteimitgliedschaft. Die Verhaltensmuster parteipolitischer Strategen und Strategien stimmen denn auch nicht mehr mit den Anforderungen und Bedürfnissen der jungen Generation überein. Gremienarbeit löst erwartungsgemäß keine Begeisterung aus.

Trotzdem scheint die SPD bei den Jungwählern zunehmend an Attraktivität zu

gewinnen: In Hamburg gewinnt sie bei der Zielgruppe der etwa 18-30 Jährigen gut 12%, in Hessen 15 %, unter den Frauen sogar 20 % hinzu. Selbst in Niedersachsen kann sie bei den Frauen ca. 7 % Stimmenplus verbuchen.

Diese Potentiale gilt es sich zu Nutzen zu machen. Junge Menschen sind die Multiplikatoren von morgen. Nur von ihnen können innovative Impulse ausgehen. Will man diese für sich gewinnen, wird sich die SPD grundlegend verändern müssen. Das gilt vor allem im Hinblick auf die Angebote an der Basis.

OHNE IDEOLOGISCHE
SCHEUKLAPPEN

Der Großteil junger Menschen hat keine ideologischen Scheuklappen auf, sondern will eine moderne, pragmatische und realistische Politik mitgestalten. Wer noch immer die Systemfrage stellt und nach Verstaatlichung ruft, kann keine adäquate Antwort auf die Fragen von morgen geben. Will die SPD auch in Zukunft Wortführerin einer progressiven Reformpolitik sein, muss sie offen sein für neue Modelle und Strukturen, um diesen jungen Menschen eine politische Heimat zu bieten.

Die SPD als Partei der Jugend und der jungen Menschen muss daher leidenschaftlich an der solidarischen Mehrheit bauen. Ihr Ziel muss sein, neben Nicht- und Wechselwählern insbesondere Jungwähler durch ihre politischen Konzepte zu überzeugen. Hierfür müssen neue Kampagnen - die sich an den Bedürfnissen der jungen Menschen orientieren - gestartet, neue Themen - die die jungen Menschen wirklich ansprechend interessieren - besetzt und neue Wege des politischen Engagements begangen werden.

Die Hamburger Jusos haben durch ihre Neumitgliederkampagne vorgemacht, wie es funktionieren kann: Eine frische, freche und an der Kommunalpolitik orientierte Kampagne hat viele junge Menschen in die SPD und an die Wahlurnen gebracht. Junge Menschen wollen etwas bewegen - aber die Ergebnisse ihrer Arbeit auch sehen. Die Einbindung in die Kommunalpolitik ist ein erster, guter und wichtiger Schritt, um junge, interessierte und engagierte Menschen durch eine machbare Politik des Sichtbaren einzubinden und für sich zu gewinnen.

Dirk König, Joschka Langenbrinck □

Die beiden Autoren sind Landeskoordinatoren eines „Gesprächskreises Junge Sozialdemokratie Berlin“

SPD Schöneberg:

SPD Schöneberg vor 50 Jahren

Andreas Wilcke blickte in alte Jahrgänge des Schöneberger Mitteilungsblatts (Teil 3)

Zur Information der Mitglieder gab die SPD Schöneberg vom 1. Januar 1956 an ein eigenes Mitteilungsblatt heraus. Andreas Wilcke blickte in die Ausgaben, die vor 50 Jahren erschienen.

In jedem Mitteilungsblatt wurden alle Gruppen der Sozialistischen Jugend "Die Falken", Kreis Schöneberg, mit Tagungsorten, Tagungstagen und Uhrzeiten bekanntgegeben. Wir hatten damals drei SJ-Gruppen (16 - 25 Jahre), sieben Rote Falkengruppen (12 - 16 Jahre) und vier Falkengruppen (6 - 12 Jahre). Außerdem gab es eine Laienspielgruppe, eine Volkstanzgruppe, einen Kinderchor und einen Chor der sozialistischen Jugend. Unter dieser Auflistung stand immer der Satz: Eltern, schickt Eure Kinder zu den Falken! Und es war auch selbstverständlich, daß alle SPD-Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt beigetreten waren.

Und dann wurde für den KONSUM (Großeinkaufs- u. Verbraucher-Genossenschaft Berlin e.G.m.b.H.) bei uns geworben. In Berlin (West) gab es 54 Konsumläden, in Schöneberg vier Läden, darunter zwei in der Eythstraße. Der Konsum ging später in der coop-Kette auf.

Ferner wurden alle neu bewilligten Bauvorhaben für die Neuerrichtung von Wohnungen im Sozialen Wohnungsbau mit den jeweiligen Bauherren in unserem Blatt veröffentlicht. Da viele einst ausgebombte Mitglieder zu dieser Zeit in sehr bescheidenen Unterkünften untergebracht waren, kann man sich vorstellen, wie bedeutsam diese Veröffentlichung war. Jetzt mußten die Wohnungssuchenden "nur noch" den Bauherren davon überzeugen, daß er sie dem Wohnungsamt vorschlägt und das Wohnungsamt die Genehmigung erteilt. Übrigens hatte unser Mitteilungsblatt fast ständig 20 feste Inserenten, darunter sieben Lokale, aber kein Bestattungsinstitut. Mehrfach stand unter Anzeigen der Satz: Unsere Mitglieder kaufen bei unseren Inserenten!

Außerdem wurden die Wahlergebnisse von den Landtagswahlen in den einzelnen westdeutschen Bundesländern in unserem Blatt abgedruckt. Z.B. Landtagswahl 1958 in Hessen: SPD 46,9 % = 48 Sitze, CDU 32,0 % = 32 Sitze, FDP 9,6 % = 9 Sitze und BHE 7,4 % = 7 Sitze. Und mit welchen Themen haben die Abteilungen sich besonders beschäftigt? Warum die Umwandlung der Krankenversicherungsanstalt Berlin (KVAB), in der alle Bürger versichert waren und dadurch auch genügend Geld vorhanden war, in AOK und ca. 260 Ersatzkassen im Rahmen der Privatisierung? Ein weiteres The-

„Der Bildungsabend.“
allgemeinen Wunsch, auf dem Kreisbildungsabend am 23. April 1956 folgend, drü-
ie dem Referenten J. Molkenhuth am Herzen liegenden Hauptpunkte seines Lichtbi-
iges ab. Wir hoffen, daß mit diesem kleinen Ausschnitt das Interesse für die Bild-
geweckt wird.
H. G. Zeller

Zeitung oder Bildzeitung – was liest der Bürger?
den Auflagenziffern zu urteilen, werden sowohl Tageszeitung als auch Bildzeitung
en. Aber, wenn man die Ergebnisse von Repräsentativbefragungen sieht, die das
Wissen der Bevölkerung widerspiegeln, dann fragt man sich: wie lesen die Leute
zeitung? Halten sie ihr Blatt dabei verkeht herum, blühschen sie nur oberflächlich
eilen oder lesen sie im politischen Teil etwa ausschließlich die Schlagzeilen. Das ge-
sche Interesse, das man hieraus ableiten kann, hat man von verschiedenen Seiten at-
es versucht. In der nachstehenden Betrachtung der Bildpresse wird dieses Problem er-
sollten.
beinige in der Bildpresse – in den Bildzeitungen und illustrierten Unterhaltungs-
en – haben ein gemeinsames Merkmal: sie sind weit hergeholt und behandeln in-
t. Aussergewöhnliches, Nichttätliches, Sensationelles.
Manch wird bestreiten wollen, daß uns das Leben auch außergewöhnliche Ereig-
eret. Etwa, daß Herr X. weit über zwei Meter groß ist, daß Frau Y. zum zweiten
mal bekommen hat, oder, daß jemand unwahrscheinliches Glück oder unglückli-
gestohlt hat. Aber derartige Abweichungen von der Norm des Alltäglichen –
n auch Unfälle und Verbrechen – sind ja nun keineswegs das Alltägliche selbst.
nüssen erwarten, daß wir eine merkwürdige Einstellung zum Alltag, und dazu ge-
die. Dabei ist die Sprache verrät das. Wie oft sagen wir von einem Film, ei-

Ausriß: Sorgen um die Pressevielfalt gab es bereits in den fünfziger Jahren.



Andreas Wilcke.

ma war damals: Zei-
tung oder Bildzei-
tung - was liest der
Bürger? Es ging um
die Allmacht des
Hauses Springer.
Auch die Themen
Mietbeihilfen, Bun-
desmietengesetz
und nicht zuletzt
"die Aufgaben der
SPD" wurden. lebhaft diskutiert. Sagt Nein
zum atomaren Wahnsinn, GVG (Konsum),
Vorteile der organisierten Verbraucher,
freiheitlicher Sozialismus in der bürgerli-
chen Welt, das waren Themen in den Ab-
teilungen. Schöneberg war damals ein sehr
politischer SPD-Kreis und tendierte bei in-
nerparteilichen Auseinandersetzungen
auf Landesebene zum Franz-Neumann-
Flügel. Die richtungweisenden Parteiver-

treter von Schöneberg waren damals
Konny Dickhardt, Werner Haase, Edith
Krappe, Josef Grunner, Hans Kettner u.a. Im
Landesvorstand war Schöneberg durch
Edith Krappe und Josef Grunner vertreten.

Zum Schluß noch als persönliche Erinne-
rung eine Episode aus einer gut besuchten
Wahlversammlung vor 50 Jahren am Bü-
lowbogen. Damals wurden die großen und
mittleren SPD-Kreise vom Landesverband
ersucht, jeweils einen Vertreter aus Ostber-
lin bei der Kandidatennominierung für das
Abgeordnetenhaus zu berücksichtigen.
Unsere Wahl fiel auf Werner R. aus Prenz-
lauer Berg, der unter den Nazis und in der
DDR viele Jahre in Haft verbracht hatte
und als Folge hin und wieder das Bedürfnis
nach etwas Trinkbarem hatte. Seine Wahl-
versammlung fand in einer Schulaula im
Bülow-Kiez statt. Werner forderte u.a. die
Erhöhung der Alu (Arbeitslosenunterstüt-
zung) und der Wohle (Sozialhilfe) und be-
kam großen Beifall. Nach Beendigung sei-
ner Rede fiel auf, daß ca. 12 einheimische
Damen vom horizontalen Gewerbe unter
den Besuchern waren und zumindest zwei
vom Redner eine Streicheleinheit verab-
reicht bekamen. Dann fragte Werner R. die
Damen, ob sie damit einverstanden wären,
wenn er sie jetzt in ein Lokal einladen wür-
de. Die Damen waren einverstanden und
folgten dem Abgeordneten im Gänse-
marsch. Wie sie später gestimmt haben, ist
nicht bekannt. Aber die SPD-Schöneberg
hat jedenfalls ihren Wahlkampf in allen
Zielgruppen geführt. **Andreas Wilcke** □

Stolperstein für Karl Bublitz

Gedenkfeier in Alt-Moabit am 5. Juli

**Im Rahmen einer Stolperstein-Verle-
gung erinnert die SPD Alt-Moabit am 5.
Juli an den einstigen Stadtverordneten
der SPD und Opfer des Nazi-Regimes,
Karl Bublitz. Er wurde im Juli 1933,
nach bereits erfolgtem Verbot der SPD,
auf der Grundlage der Verordnung zur
Sicherheit der Staatsführung, das Man-
dat entzogen und ihm die Tätigkeit als
Stadt- und Bezirksverordneter verbo-
ten.**

Bublitz verlor auch seinen Vorstandspo-
sten bei der AOK der Stadt Berlin und seine
Stelle als Direktor des Arbeitsamtes. Hinzu
kam die Verfolgung der Familie Bublitz aus
"rassischen" Gründen, denn seine Frau Kla-
ra war jüdischer Herkunft. Nach dem At-
tentat auf Hitler im Juli 1944 geriet Bublitz
ins Visier der Terrormaßnahmen der "Akti-



Karl Bublitz.

on Gewitter". Er
wurde am 22. Au-
gust 1944 verhaf-
tet und in das KZ
Sachsenhausen
verbracht. An-
fang 1945 gab es
ein letztes Le-
benszeichen von
ihm in Form ei-
nes Briefes an
seine Frau, seit
dem an galt er als
verschollen. Das Amtsgericht Tiergarten
erklärte den 8. Mai 1945 zum Todesdatum
von Karl Bublitz. **Joachim Wagner** □
→ "Stolperstein für Karl Bublitz", Sonn-
abend, 5. Juli, 13.00 Uhr, Dortmunder Straße
2, 10555 Berlin, (vor der ehem. Spree-Kita)

Sommerfeste der Berliner SPD

Die SPD lädt in den kommenden Wochen zu zahlreichen Sommerfesten in den Bezirken.

Bereits zum vierten Mal findet am heutigen Sonnabend von 14.30 bis 18.30 Uhr das Kiezfest der SPD Wilmersdorf-Süd auf dem Rüdeshheimer Platz statt. Das Kiezfest richtet sich an große und kleine Leute. Musikalisch sorgt die Big Band der Paul-Natorp-Oberschule Friedenau für gute Laune. Die kleinen Besucherinnen und Besucher können sich schminken lassen, auf der Hüpfburg austoben oder das Spielmobil der Berliner Falken und Angebote des Abenteuer-spielplatzes Sodener Straße nutzen.

Erwartet werden Bildungssenator Prof. Dr. Jürgen Zöllner, Innensenator Dr. Ehrhart Körting, Justizsenatorin Gisela von der Aue sowie die Bürgermeisterin und Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer. Weitere prominente Politikerinnen und Politiker werden anwesend sein, darunter die Bundestagsabgeordnete Petra Merkel sowie der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion und Wahlkreisabgeordneter Christian Gaebler. Mit dem Kiezfest leistet die SPD Wilmersdorf-Süd einen Beitrag, dass sie Bürgerinnen und Bürgern auch "zwischen den Wahlen" jederzeit Rede und Antwort steht.



5. Juli: Fest auf dem Rüdeshheimer Platz.

9. JULI: TERRASSENFEST

Zum 3. Terrassenfest erwartet die SPD Neu-Westend am 9. Juli in gemütlicher Biergarten-Atmosphäre wieder viele Gesprächspartner aus Bezirks- und Landespolitik. Es gibt Gelegenheit mit den politisch Verantwortlichen aus Bezirk, Land und Bund über den Kiez und vieles mehr zu reden und einen gemeinsamen "politischen" Sommerabend zu verbringen. Für Speis und Trank zu „zivilen“ Preisen ist gesorgt. Zugesagt haben bereits der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller, die Bundestagsabgeordnete Petra Merkel (Charlottenburg-Wilmersdorf), die Senatorinnen Ingeborg Junge-Reyer (Stadtentwicklung) und Gisela von der Aue (Justiz), Staatssekretärin Hella Dunger-Löper (Bau-

en und Wohnen), Staatssekretär Thomas Härtel (Sport), die Bezirksstadträte Reinhard Naumann (Jugend, Familie, Schule und Sport) und Marc Schulte (Wirtschaft, Ordnungsangelegenheiten und Weiterbildung). Bei schlechtem Wetter findet das Fest im Restaurant statt.

Mittwoch, 9. Juli 2008, 18.30–22 Uhr, Stationterrassen am Olympiastadion, (bei schlechtem Wetter im Restaurant), Jesse-Owens-Allee 2, am Coubertin Platz, S-Bhf. Olympiastadion, Bus M49 (Heerstr. Ecke Flatowallee; 5 Min. Fußweg)

STADTTEILFEST IN MITTE

Die SPD Mitte und der Weddinger Abgeordnete Ralf Wieland laden alle Kinder und ihre Eltern ein zu einem Kiezfest am Sonnabend, den 5. Juli von 14.00 bis 18.00 Uhr in den Hof der Fabrik Osloer Straße 12 (Nähe Prinzenallee). Neben allerlei Spielen für den Nachwuchs informieren zahlreiche Initiativen und Vereine aus dem Kiez über ihre Aktivitäten. Auf der Bühne gibt es Live-Musik sowie Talkrunden mit prominenten Gästen aus Kultur und Politik, u.a. Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke. Das auf dem Gelände befindliche "Kindermuseum Labyrinth" ist geöffnet. **BS**

GEBURTSTAGE

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD

Landesparteitag und Landesvertreterversammlung. Der nächste Landesparteitag der Berliner SPD findet - wie die Landesvertreterversammlung zur Europawahl - am Sonnabend, d. 11. Oktober statt. Als „Arbeitsparteitag“ steht vor allem die Diskussion über die vertagten Anträge im Mittelpunkt. Antragsschluss ist am Montag, d. 8. September.

Regine-Hildebrandt-Preis. Auch in diesem Jahr wird der mit 20.000 € dotierte Regine-Hildebrandt-Preis der deutschen Sozi-

aldemokratie vergeben. Der Preis zeichnet gesellschaftliche Gruppen und Personen aus, die für Ostdeutschland und für die innere Einheit Deutschlands, gegen Rechts-Extremismus und Gewalt wirken und für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit eintreten. Unter den Preisträgern 2007 war das Berliner Frauennetzwerk OWEN. Vorschläge und Bewerbungen sind bis zum 31. Juli 2008 an den SPD Landesverband Berlin, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, zu richten. **BS □**

TERMINE

■ SPD Mitte, **Kinder- und Stadteifest**, Sonnabend, 5. Juli, von 14.00 bis 18.00 Uhr, Fabrik Osloer Straße, Osloer Straße 12, 13359 Berlin

■ SPD Charlottenburg-Wilmersdorf – **Abt. Wilmersdorf, Kiezfest**, mit den Senatorinnen Junge-Reyer und von der Aue, den Senatoren Zöllner und Körting, mit Petra Merkel, MdB, und Christian Gaebler, MdB, Samstag, 5. Juli, von 14.30 bis 18.30 Uhr, Rüdeshheimer Platz

■ SPD Mitte, **Gedenkveranstaltung: Ein Stolperstein für Karl Bublit**, Sonnabend, 5. Juli, um 13.00 Uhr, Dortmunder Straße 2, 10555 Berlin (vor der ehem. Spree-Kita)

■ SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, **Sommersgespräche mit Petra Merkel**, Montag, 7. Juli, von 10.00 bis 12.00 Uhr, Wochenmarkt Mainzer Straße

■ ASF Pankow, **ASF-Sommergrillen**, Donnerstag, 10. Juli, 19.30 Uhr, Amtshaus Buchholz, Berliner Straße 24, 13127 Berlin-Buchholz (Tram 50), auch für Vegetarierinnen. Anmeldungen bitte an sabineroehrbein@arcor.de

■ SPD Pankow, **Reform der Pflegeversicherung**, Dienstag, 8. Juli, 19.30 Uhr, GLS Sprachschule, Kastanienallee 82, 10435 Berlin-Prenzlauer-Berg

■ Fachausschuss Internationale Politik, **Kuba auf dem Weg – zwischen Fidel und Raúl**, Gemeinsame Sitzung des Fachausschusses für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung und der Casa de las Culturas de Latinoamerica, Mittwoch, 9. Juli 2008, um 18.00 Uhr, Casa de las Culturas de Latinoamerica, Pfalzburger Str. 42, 10717 Berlin

■ SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus, **Frauen im Fokus der Berliner Politik**, Diskussion zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm mit Almuth Nehring-Venus, Staatssekretärin, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen; Prof. Dr. Hildegard-Maria Nickel, Humboldt Universität zu Berlin; Canan Bayram, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion; Evrim Baba, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Mittwoch, 9. Juli 2008, 18.00 bis 20.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 311, Nieder-

kirchnerstraße 5, 10117 Berlin. Anmeldung bitte unter: spd-fraktion@spd.parlament-berlin.de

■ SPD Charlottenburg-Wilmersdorf – Abt. Neu-Westend, **3. Neu-Westender Terrassenfest mit viel Politik-Prominenz**, mit dem Bezirksstadtrat Reinhard Naumann, Jugend, Familie, Schule und Sport; Bezirksstadtrat Marc Schulte, Wirtschaft, Ordnungsangelegenheiten und Weiterbildung; Senatorin Ingeborg Junge-Reyer, Stadtentwicklung; Senatorin Gisela von der Aue, Justiz; Staatssekretärin Hella Dunger-Löper, Bauen und Wohnen; Staatssekretär Thomas Härtel, Sport; SPD Landesvorsitzenden Michael Müller, MdB, SPD-Fraktionsvorsitzender; Bundestagsabgeordneter Petra Merkel, Mittwoch, 9. Juli 2008, von 18.30 bis 22.00 Uhr, Stadionterrassen am Olympiastadion, bei schlechtem Wetter im Restaurant, Jesse-Owens-Allee 2, am Coubertin Platz ÖPNV: S-Bhf. Olympiastadion, Bus M49 (Heerstr. Ecke Flatowallee; 5 Min. Fußweg)

■ Fachausschuss Umwelt, **CO2-freie Kohlekraftwerke: Alternative oder Alibi?** Mittwoch, 9. Juli, 19.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 304, Niederkirchnerstr. 5,

■ SPD Treptow-Köpenick - SPD-Fraktion in der BVV, **Politischer Frühschoppen: Wie weiter nach den Ferien?** Schulentwicklung im Bezirk, mit Schulstadtrat Dirk Retzlaff, Abgeordnete Renate Harant und Bezirksverordnete Florian Stöckel, Sonntag, 13. Juli 2008, um 10.00 Uhr, Ratskeller des Rathauses Köpenick, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin

■ SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, **Sommersgespräche mit Petra Merkel**, Dienstag, 15. Juli, 10.00 bis 12.00 Uhr, Wochenmarkt Eberbacher Straße

■ SPD Treptow-Köpenick, **Rund um die Muggelberge Dampferfahrt mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit**, Dienstag, 15. Juli, 18.00 bis 21.00 Uhr, Abfahrt und Ankunft Anlegestelle am Mecklenburger Dorf Köpenick, Platz des 23. April (Bahnhofstr. / Ecke Lindenstr.). Anmeldung unter: 6539 6204 oder kreis.treptow-koepenick@spd.de

SPRECHSTUNDEN

■ **KLAUS UWE BENNETER**, Bürgerbüro, Schildhornstraße 91, 12163 Berlin-Steglitz, Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 81820878.

■ **DETLEF DZEMBRIITZKI**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Anmeldung erbeten unter Tel. 409 109 33 oder info@dzembritzki.de

■ **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 313 88 82 oder per Mail petra.merkel@wk.bundestag.de. Nächster Termin: Freitag, 8. August, 15 bis 18 Uhr

■ **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin, Sprechstunde jeden 2. Freitag im Monat von 15.00 bis 18.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung, Anmeldung bitte unter Tel. 72013884 oder mechthild.rawert@wk.bundestag.de. Nächster Termin: Freitag, 11. Juli 2008, von 15.00 bis 18.00 Uhr,

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, Europabüro, **Neues Büro:** Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächster Termine: Donnerstag, 17. Juli von 15.00 bis 18.00 Uhr.

-- Kreisbüro Marzahn-Hellersdorf, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Anmeldung bitte unter Tel. 99401015.

■ **JÖRG-OTTO SPILLER**, Wahlkreisbüro, Raum 502, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder per E-Mail unter joerg-otto.spiller@wk.bundestag.de

-- Bürgerbüro Lichtenberg, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Anmeldung unter Tel. 9760 6732 oder per Mail unter andreas.buechner@spd.de.

■ **DR. DITMAR STAFFELT**, Bürgerbüro, Sonnenallee 124, 12045 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 687 20 83

■ **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88

T RAUER

Wir trauern um:

Eveline Rose, geb. 19.6.1936, Abt. Gropiustadt, Mitgl. s. März 1975; **Werner Langner**, geb. 13.3.1923, Abt. Hufeisensiedlung, Mitgl. s. 2.1. 1957; **Norbert Kusch**, geb. 26.7.1936, Abt. Hakenfelde, Mitgl. s. 1.12.1972; **Gerhard Warnke**, geb. 2.1.1928, Abt. Freie Scholle, Mitgl. s. Jan. 1967; **Gerda Bleck**, geb. 3.6.1920, Abt. Lichtenrade-Marienfelde; Mitgl. s. Okt. 2001; **Ilse Raß**, geb. 19.6.1921, Abt. Lichtenrade-Marienfelde, Mitgl. s. Mai 1984.

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Verfolgung 1933-1945:

Widerstand und Exil

Eine Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung

„Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften in Verfolgung, Widerstand und Exil 1933 – 1945“, unter diesem Titel zeigt die Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin (Hiroshima Straße, nahe Potsdamer Platz) bis zum 1. August eine Ausstellung anlässlich des 75. Jahrestages der Machtübernahme durch die Nazis.

Fotos, Plakate, Briefe geben ein eindringliches Spiegelbild, unter welchen Gefahren der Nazi-Herrschaft Widerstand entgegengesetzt wurde. Erinnerung wird zum Beispiel an Otto Wels, der mutig im Reichstag die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes begründete, an die Fluchthelferin Johanna Kirchner, an die Widerständler des Kreisauer Kreises, an die Leidenswege vieler durch KZ und an jene, die im Kampf gegen das Nazi-Regime ihr Leben ließen, aber auch an die Überlebenden, die nach 1945 maßgeblich zur Demokratie in Deutschland beigetragen haben, wie Kurt Schumacher oder Jeanette Wolff.

Anke Fuchs, Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie Berlins Regierender



Wirkte am Wiederaufbau Deutschlands mit: Kurt Schumacher. Foto: BS-Archiv

Bürgermeister Klaus Wowereit zeigten anlässlich der Ausstellungseröffnung Parallelen zur Gegenwart auf. Anke Fuchs wies auf Gewalt als politisches Druckmittel in Europa und in der Welt hin. Wowereit kritisierte die mangelnde Unterstützung aus der CDU für ein NPD-Verbot.

Die Ausstellung ist vom Historischen Forschungszentrum unter der Leitung von Michael Schneider erarbeitet worden und soll als Wanderausstellung auch an anderen Orten zu sehen sein. Eine Broschüre begleitet die Ausstellung. **Gunter Lange** □

KULTURTIPPS

„Mensch – Raum – Landschaft“ - unter diesem Titel sind bis 24. August neue Arbeiten aus der Sammlung im Willy-Brandt-Haus zu sehen. Nach den historisch orientierten Präsentationen der beiden letzten Jahre, stehen jetzt die neuen Arbeiten der Sammlung im Mittelpunkt.

Alle gezeigten Kunstwerke sind zwischen den Jahren 2000 und 2008 entstanden. Der Titel der Ausstellung spiegelt drei Schwerpunkte, die auch die klassischen Bildthemen der bildenden Kunst repräsentieren. Der Titel will jedoch nur Wegweiser sein und soll nicht als Katalogisierung verstanden werden, er lässt Spielraum für die Interpretation durch den Betrachter.

60 Arbeiten von 12 Künstlerinnen und 23 Künstlern zeigen einen Querschnitt der zeitgenössischen Positionen aus der Sammlung im Willy-Brandt-Haus. Die Sammlung ist auch ein Beitrag zur Kunstförderung. **BS** □

➡ Willy-Brandt-Haus, Stresemannstr. 28, 10963 Berlin-Kreuzberg, bis 24. August, Dienstag bis Sonntag von 12.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt frei, Ausweis erforderlich

Ein langes Leben für die schwarze Kunst

Eine Neuerscheinung erinnert an den Gewerkschafter und Buchdrucker Karl Richter

Am 15. Juli 1904 wurde Karl Richter im Berliner Arbeiterbezirk Friedrichshain geboren. Zeit seines Lebens engagierte sich der Buchdrucker für die Rechte der Arbeiter und Arbeiterinnen als Gewerkschaftsmitglied und Sozialdemokrat.

Selbst im hohen Alter zählte er mit zu den aktivsten Berliner Sozialdemokraten, er war Mitbegründer der Vorläuferorganisation der AG 60 plus, engagierte sich in Wahlkämpfen, er war Ehrengast auf Parteitagen. Drei Jahre nach seinem Tod erscheint nun im VSA-Verlag ein Buch über



Karl Richter, engagierter Berliner Sozialdemokrat und Gewerkschafter. Foto: BS

Karl Richter. Neben der klassischen Biographie ist es besonders der Teil über Karl Richters kulturelles Leben und die vielen Fotos, die das Buch so lohnenswert machen. Der Band erscheint als erster in der Karl-Richter-Edition des VSA-Verlages.

Matthias Frenzel □

➡ Gerta Stecher: „Ein Leben für die Schwarze Kunst und ihre Gewerkschaften, Karl-Richter-Edition Band 1, 112 Seiten (2008), EUR 12,-, ISBN 978-3-89965-303-8

➡ Zu bestellen über: Constanze Lindemann, Karl-Richter-Verein, Dudenstraße 10, 10965 Berlin,